

30. Herbstkolloquium am 8. November 2013



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Prof. Dr. *Matthias Jahn*

Forschungsstelle Recht und Praxis der Strafverteidigung (RuPS) der Goethe-
Universität Frankfurt am Main, Richter am OLG Nürnberg,
unter Mitarbeit von Assessor *Sebastian Lander*, Assessor *Fabian Meinecke*, M.A., und *Martine Lapière*

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Materialien

- **Folien** mit den wesentlichen Ergebnissen auch
 - per **E-Mail** an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie, die auf S. 23 des Fragebogens ihre Adresse eingetragen haben
 - als pdf-**Download** über die Homepage der Forschungsstelle
<http://www.jura.uni-frankfurt.de/rups>
- Ausführlichere **Aufsatzfassung** im **StraFo 2014** (Frühjahr)
- Vollständige **Monografie** ebenfalls in **2014** (Sommer)

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Überblick über das Programm der kommenden Stunde

A. Ausgangslage

Wissenschaftliche Aufgabenstellung – Bisheriger Forschungsstand

B. Methodische Vorüberlegungen

Erhebungsmethode – Experimental- und Kontrollgruppe – Dateninventar

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Überblick

C. Rechtstatsachenforschung zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland

I. Die Rechtslage in den §§ 140 Abs. 1 Nr. 4, 141 Abs. 3 Satz 4 seit dem 1.1.2010

II. Der Stellenwert der Pflichtverteidigungsnovelle für ein rechtsstaatliches Strafverfahrensrecht

Notwendigkeit frühzeitiger Verteidigerbestellung im Ermittlungsverfahren –
Fortschritte gegenüber dem ursprünglichen Rechtszustand –
Gesetzgebungsgeschichte

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Überblick

C. Rechtstatsachenforschung zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung

III. Die Problemfelder der Neuregelung in der Praxis des Strafverfahrens

1. Die Regelung in § 141 Abs. 3 Satz 4 – zum **Zeitpunkt der Beiordnung**
2. Der Begriff der „**Unverzüglichkeit**“ – ein „**Danaergeschenk**“ für den Beschuldigten?
3. Die Notwendigkeit einer **transparenteren Beiordnungspraxis**
4. Die **Praxis der Anwendung des § 143**

D. Rechtspolitische Forderungen

A. Ausgangslage

Wissenschaftliche Aufgabenstellung – Bisheriger Forschungsstand

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

B. Methodik

Erhebungsmethode – Experimental- und Kontrollgruppe – Dateninventar

Grundgesamtheit und Stichprobe

Experimentalgruppe

~ **3.300 Fragebögen** (► **Vollerhebung** AG Strafrecht im DAV;
am 1.1.2013 2.931 FA Strafrecht insgesamt in den 27 regionalen RAK)

▼ **Umfangreichste Erhebung** bei Strafverteidigerinnen und Strafverteidigern in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

941 Rückläufe (► weit „überobligatorische“ Stichprobe von 29% der Grundgesamtheit)

Kontrollgruppe

60 Fragebögen (► z.Zt. 94 Ermittlungsrichter – allerdings einschließlich § 34 JGG i.V.m. § 126, 162 StPO – in Hessen insgesamt)

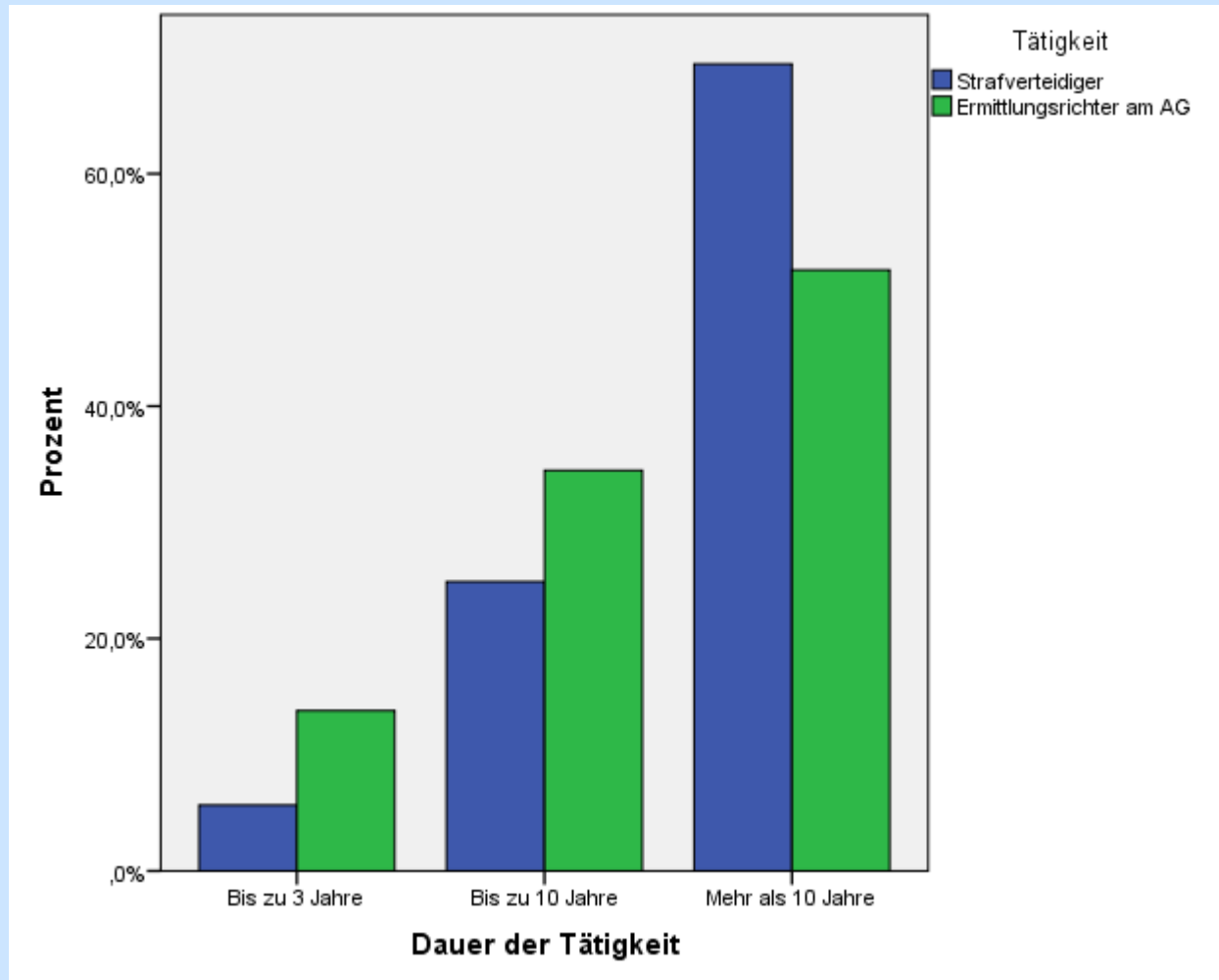
30 Rückläufe (► repräsentative Stichprobe ab n=30)

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Dateninventar

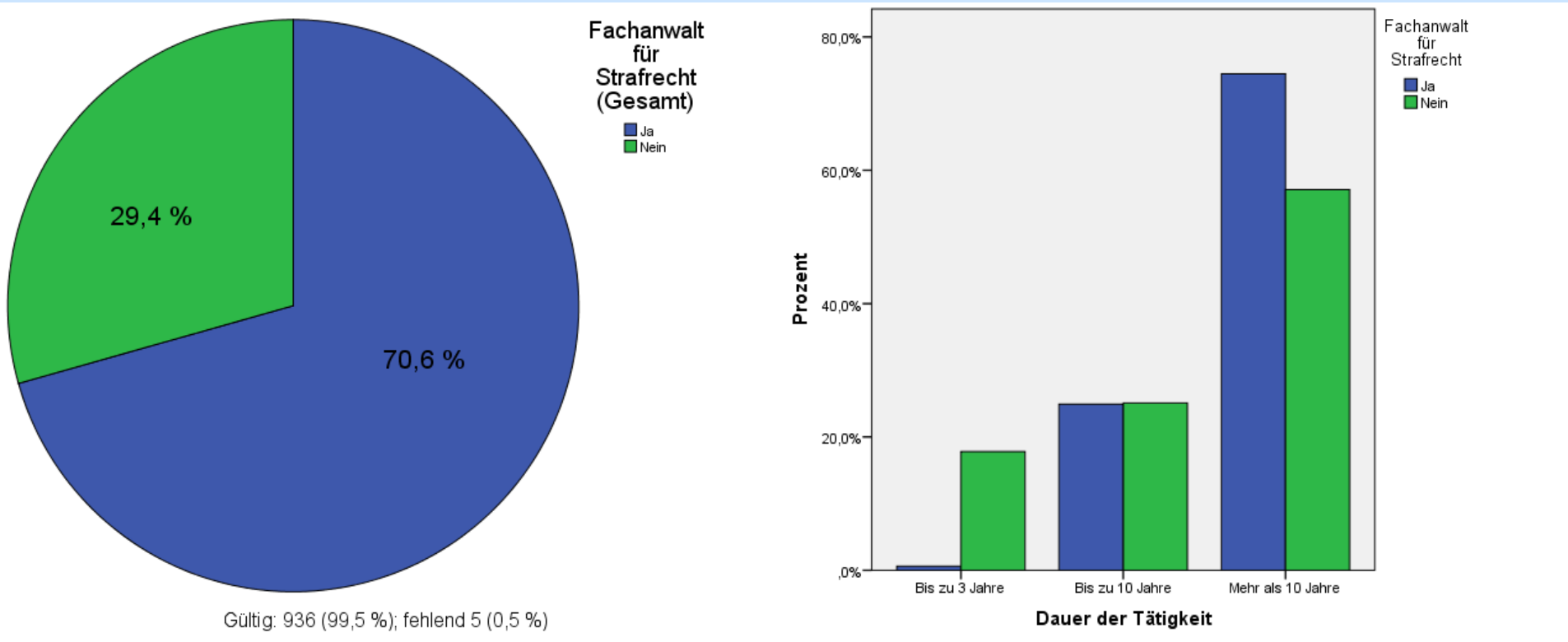
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Dauer der Tätigkeit (Experimental- und Kontrollgruppe)



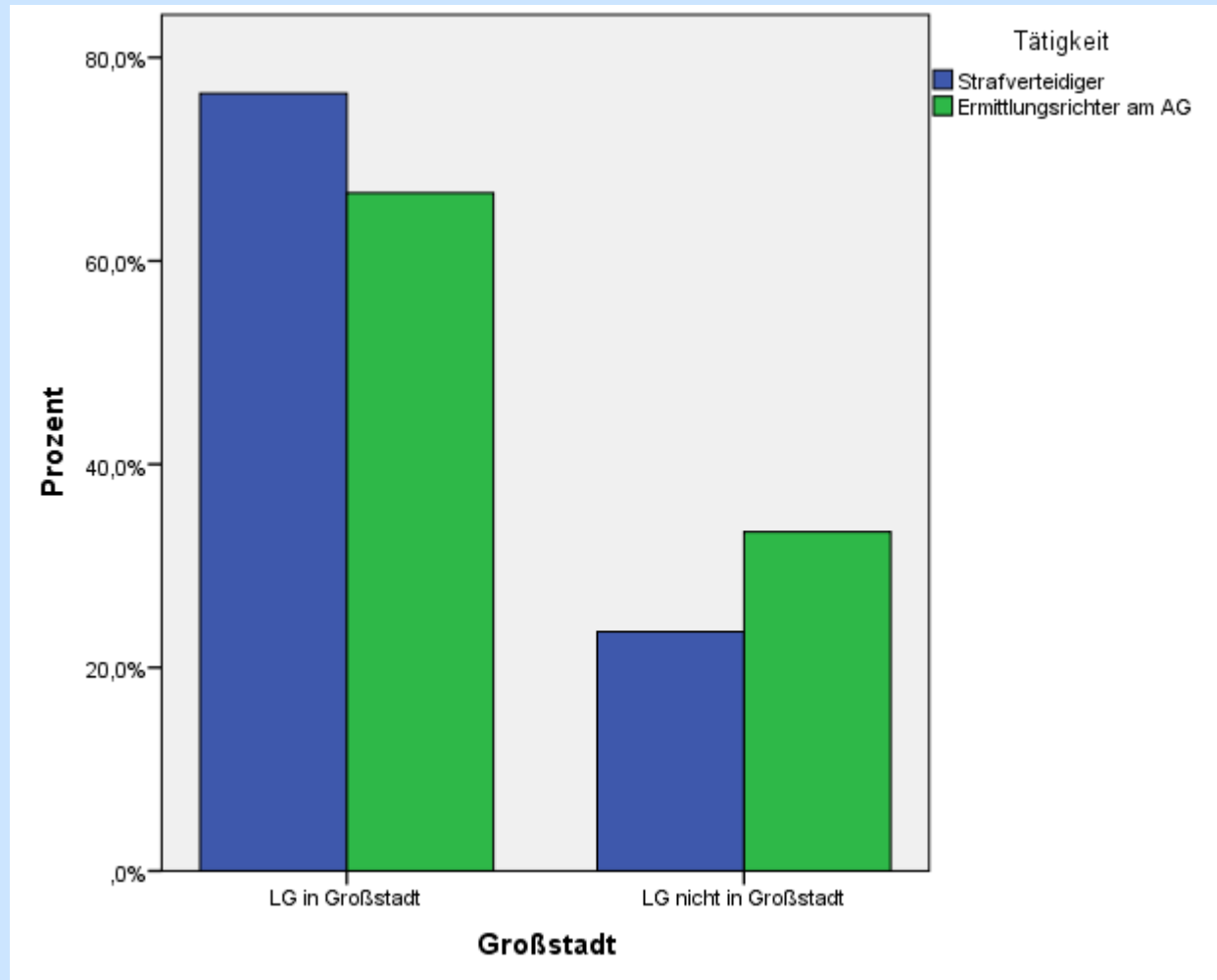
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anteil Fachanwälte für Strafrecht – Professionalisierungsgrad



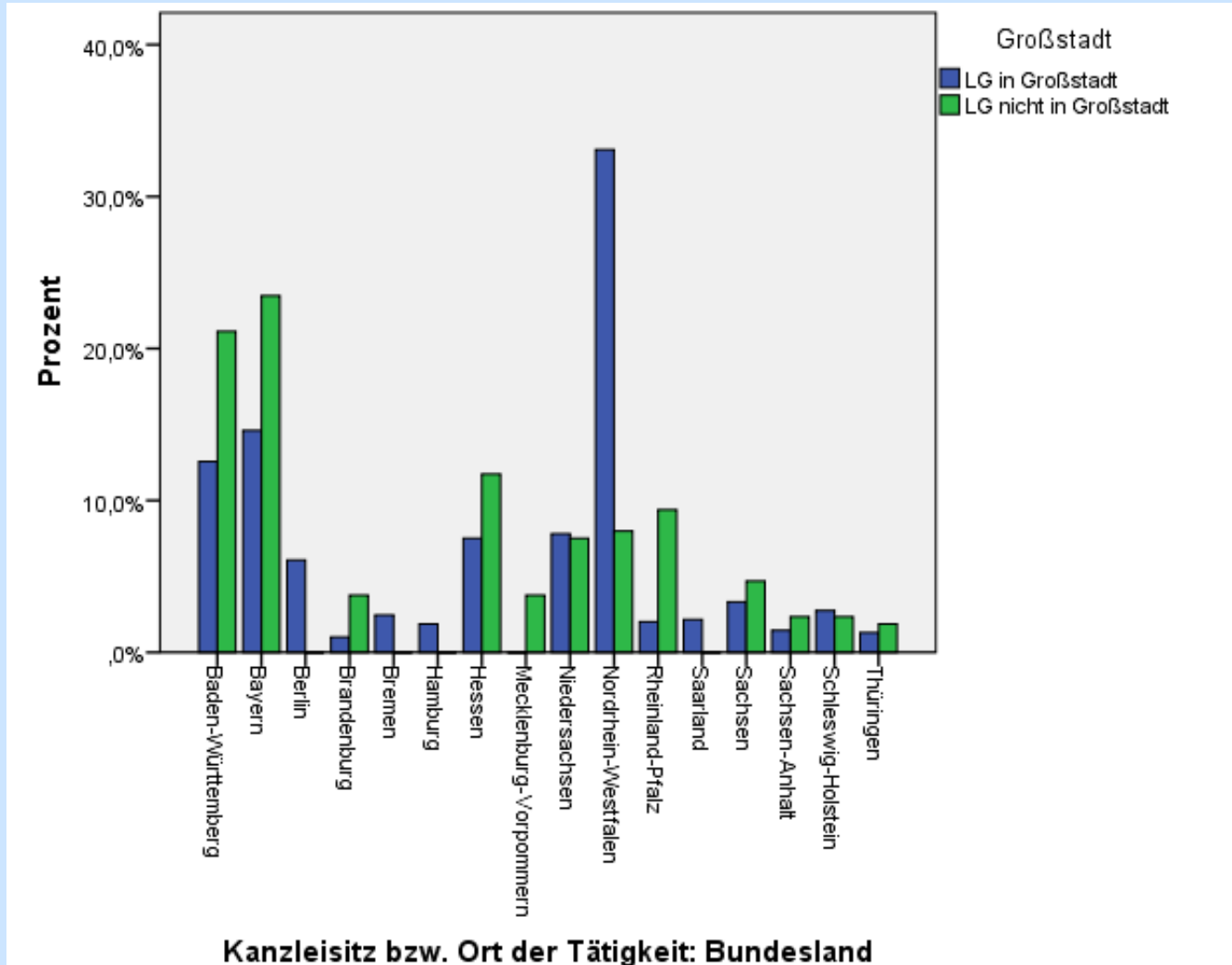
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Tätigkeit in Großstadt (Kanzleisitz; Sitz des AG)



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Tätigkeit in Großstadt nach Bundesländern



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Organisationsgrad: Registriert auf Homepage der AG Strafrecht im DAV (§ 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO)



Deutscher Anwaltverein Arbeitsgemeinschaft Strafrecht

Strafverteidigersuche Mitgliederbereich

Unsere Mitgliederdatenbank gibt Ihnen die Möglichkeit, über zu kombinierende Kriterien nach einzelnen Strafverteidigern zu suchen. Das Kriterium "Fachanwalt" ist nur in Verbindung mit einem der anderen Suchkriterien wählbar.

Name:

Ort:

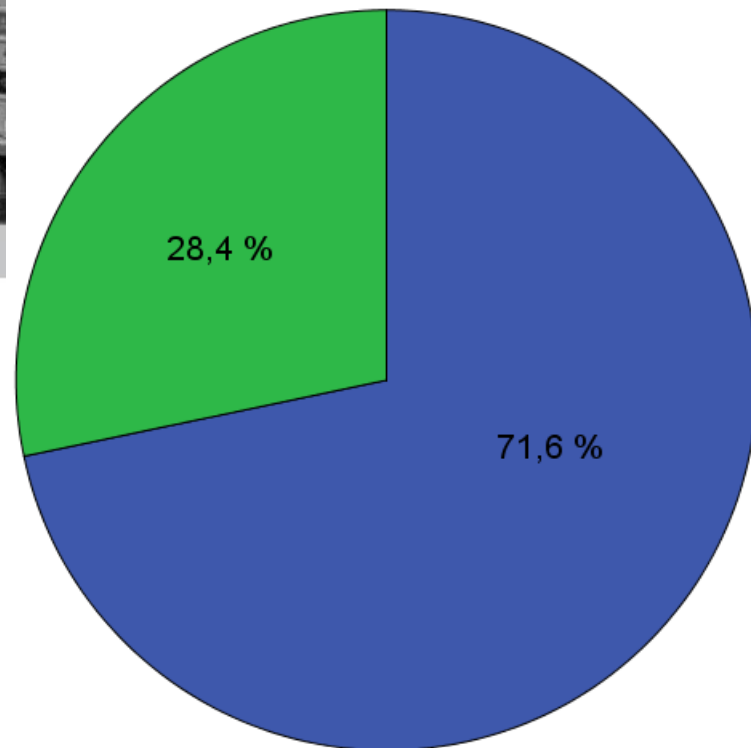
Postleitzahl:

Vorwahl:

Fachanwalt für Strafrecht: ☐

Pflichtverteidigung bei Untersuchungshaft oder einstweiliger Unterbringung (§ 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO): ☐

Suche starten [Felder leeren](#)



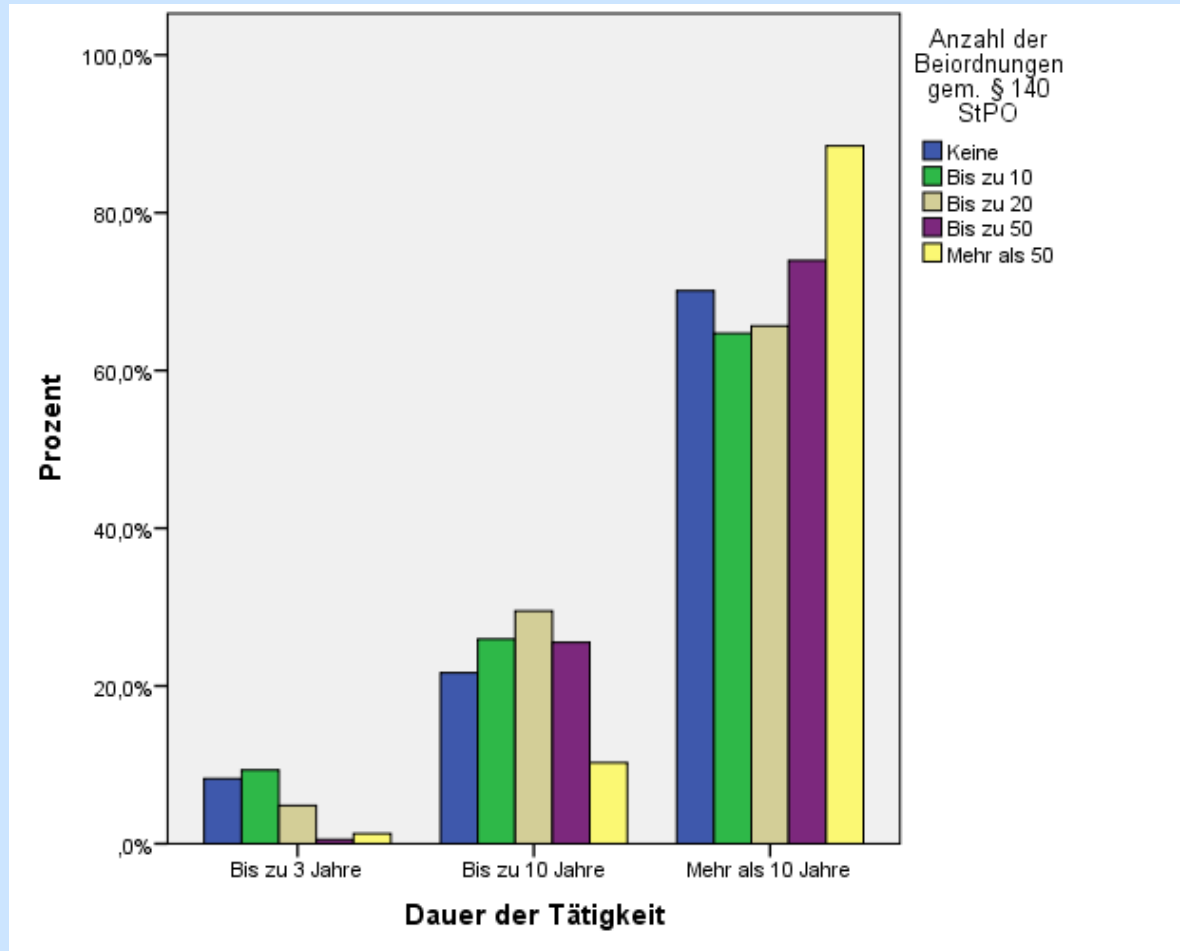
Registriert auf HP der AG Strafrecht (Gesamt)

■ Ja

■ Nein

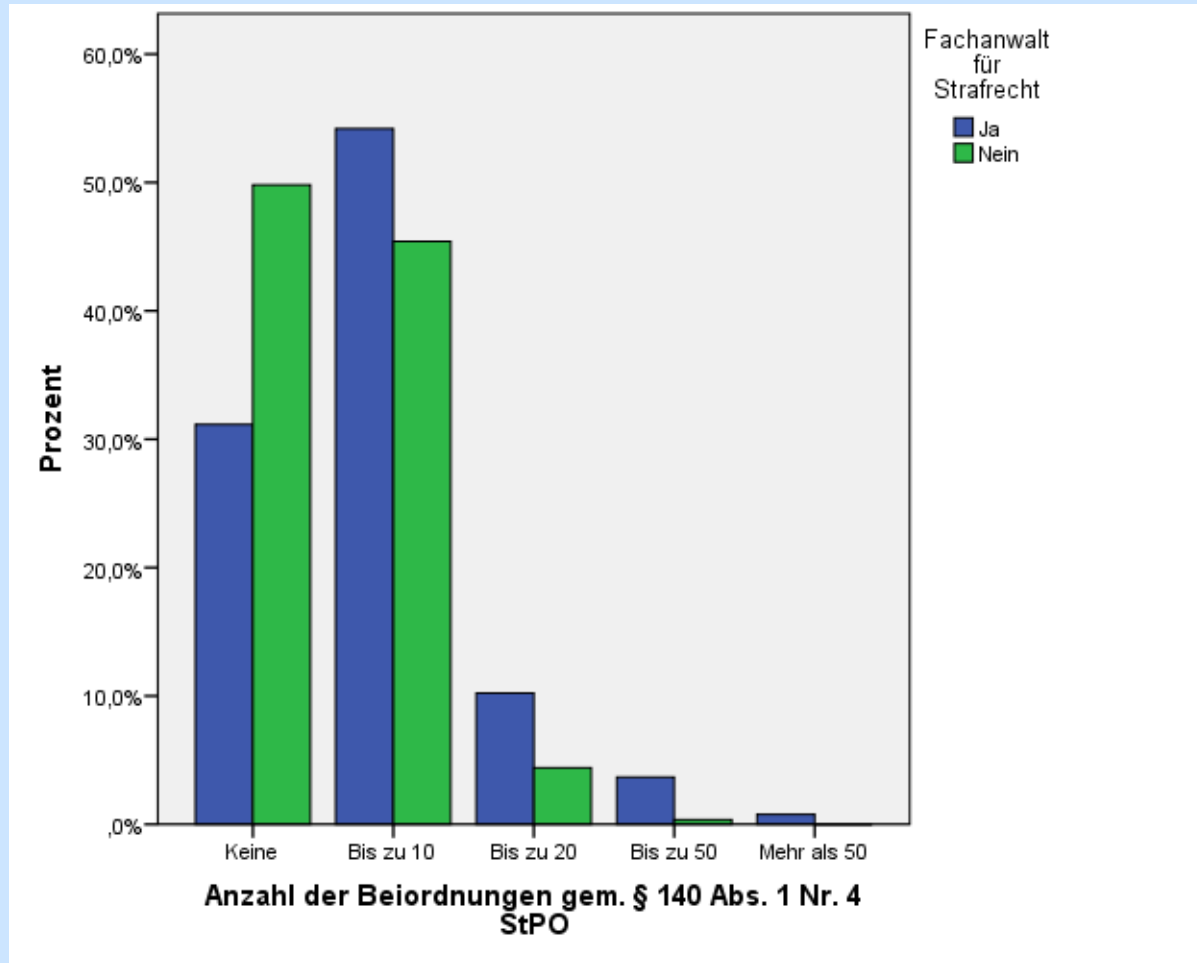
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anzahl der Beiordnungen nach § 140 (alle Fälle) im Jahr 2012 und Dauer der Tätigkeit



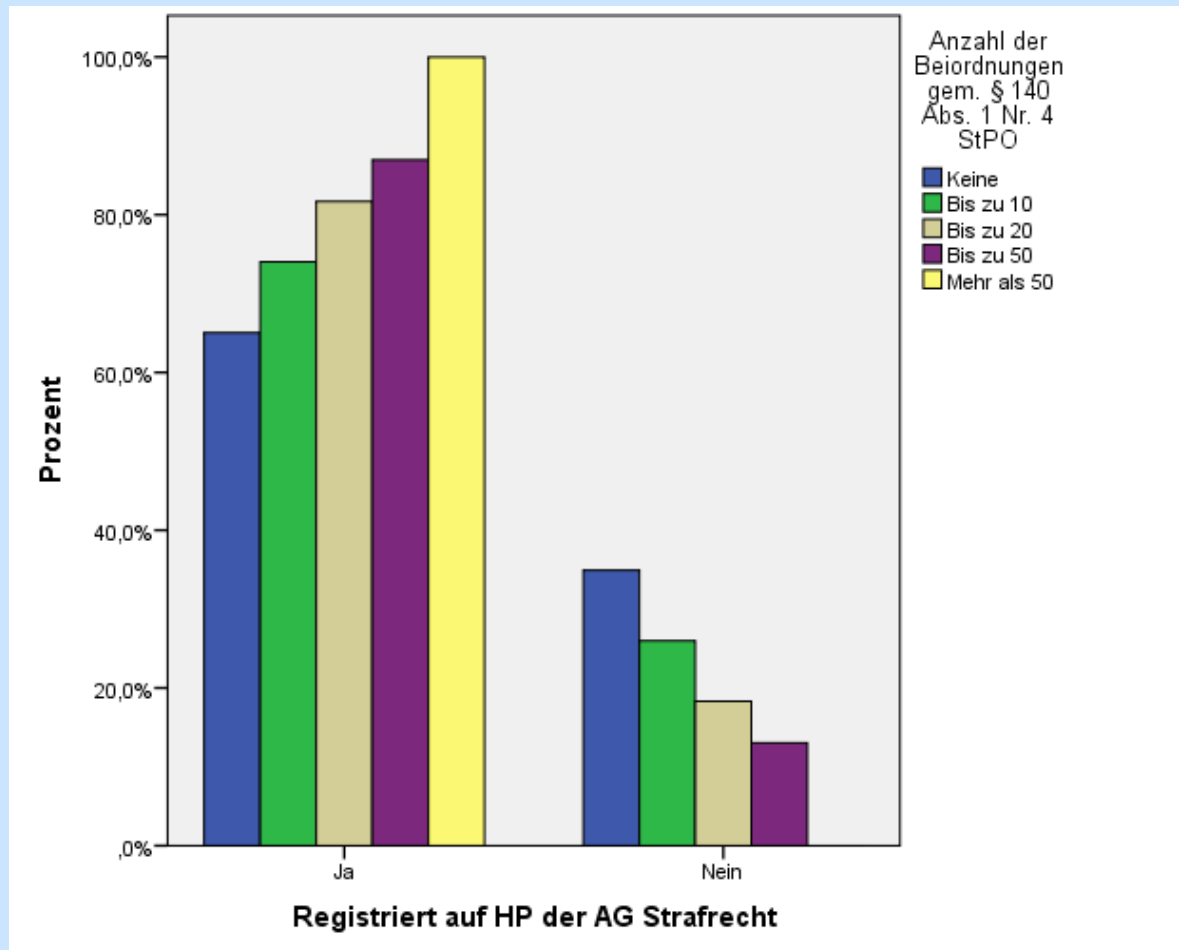
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anzahl der Beiordnungen nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 im Jahr 2012 und Professionalisierungsgrad (Fachanwalt für Strafrecht)



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Registriert auf Homepage der AG Strafrecht im DAV und Anzahl der Beiordnungen nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 im Jahr 2012



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Überblick

C. Rechtstatsachenforschung zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland

I. Die Rechtslage in den §§ 140 Abs. 1 Nr. 4, 141 Abs. 3 Satz 4 seit dem 1.1.2010

§ 140

(1) Die Mitwirkung eines Verteidigers ist notwendig, wenn ...

Nr. 4 ~~(weggefallen)~~ gegen einen Beschuldigten Untersuchungshaft nach den §§ 112, 112a oder einstweilige Unterbringung nach § 126a oder § 275a Abs. 5 vollstreckt wird; ...

§ 117

~~(4) (weggefallen) Hat der Beschuldigte noch keinen Verteidiger, so wird ihm ein Verteidiger für die Dauer der Untersuchungshaft bestellt, wenn deren Vollzug mindestens drei Monate gedauert hat und die Staatsanwaltschaft oder der Beschuldigte oder sein gesetzlicher Vertreter es beantragt ...~~

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Überblick

C. Rechtstatsachenforschung zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland

II. Der Stellenwert der Pflichtverteidigungsnovelle für ein rechtsstaatliches Strafverfahrensrecht

Notwendigkeit frühzeitiger Verteidigerbestellung im Ermittlungsverfahren –
Fortschritte gegenüber dem ursprünglichen Rechtszustand –
Gesetzgebungsgeschichte

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

III. Die Problemfelder der Neuregelung in der Praxis des Strafverfahrens – Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Studie

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

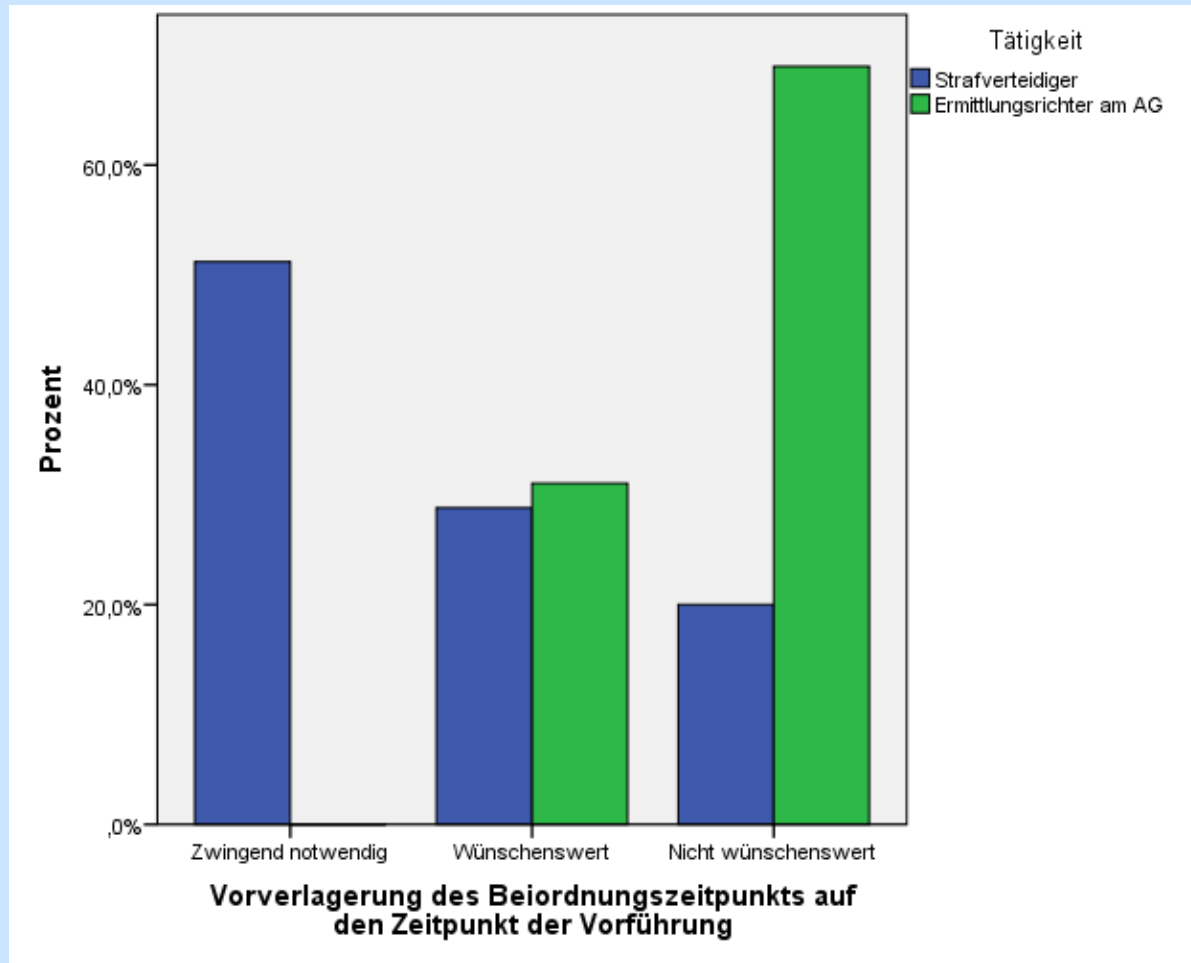
Vorverlagerung des Bestellzeitpunktes

► *Im Fall des § 140 Abs. 1 Nr. 4 – bei Untersuchungshaft oder einstweiliger Unterbringung – wird der Verteidiger seit 1.1.2010 „nach Beginn der Vollstreckung“ bestellt.*

- Eine **klare Mehrheit von 80%** der **Verteidiger** hält eine **Vorverlagerung des Bestellungszeitpunkts** vom Zeitpunkt des Vollstreckungsbeginns auf den Zeitpunkt der Vorführung des Beschuldigten für **geboten** (51,2% halten dies für „zwingend“, weitere 28,8% für „wünschenswert“).
- Demgegenüber sind **69,0%** der Ermittlungsrichter gegen eine derartige Vorverlagerung („**nicht wünschenswert**“). Unter denjenigen, die eine Vorverlagerung auf den Zeitpunkt der Vorführung für nicht wünschenswert halten, verweisen 91,7% auf die mögliche **Bindungswirkung einer übereilten Wahl** und 75,1% auf die damit verbundene mögliche Verkürzung der Überlegungsfrist für den Beschuldigten.

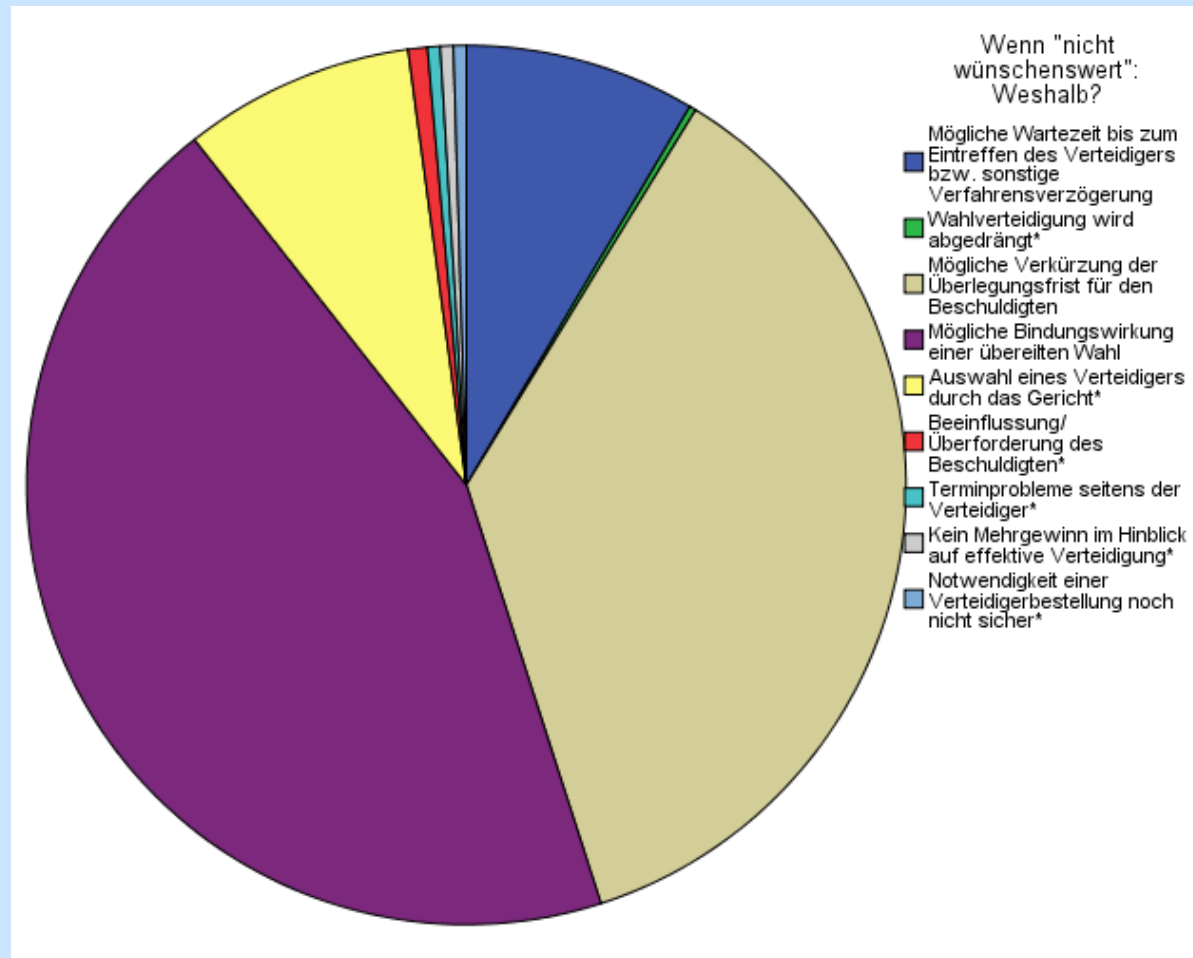
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Vorverlagerung des Beiordnungszeitpunkts auf den Zeitpunkt der Vorführung – Diskrepanz zwischen den Berufsgruppen



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Vorverlagerung des Beiordnungszeitpunkts auf den Zeitpunkt der Vorführung – Gründe für die Ablehnung (beide Berufsgruppen)



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

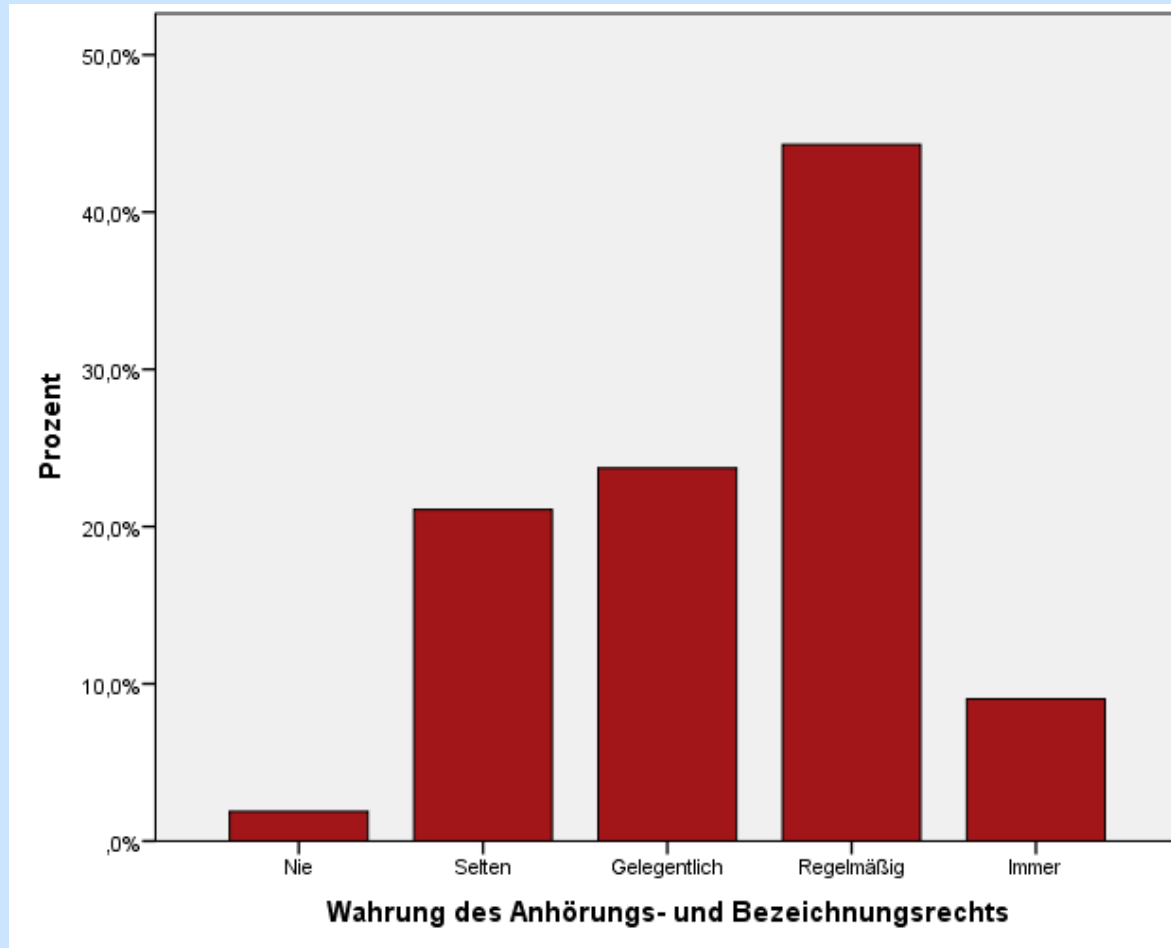
Anhörungs- und Bezeichnungsrecht

► **Die Bestellung nach Beginn der Vollstreckung muss nach der Formulierung in § 141 Abs. 3 Satz 4 „unverzüglich“ erfolgen. Gleichzeitig ordnet § 142 Abs. 1 Satz 1 an, dass „vor der Bestellung eines Verteidigers ... dem Beschuldigten Gelegenheit gegeben werden (soll), innerhalb einer zu bestimmenden Frist einen Verteidiger seiner Wahl zu bezeichnen“.**

- Zwar wird aus Sicht von 44,9% der Verteidiger das Anhörungs- und Bezeichnungsrecht des Beschuldigten gem. § 142 Abs. 1 in der Praxis auch im Falle einer Bestellung nach § 141 Abs. 3 Satz 4 regelmäßig gewährt. **Bedenklich** und **alarmierend** ist aber, dass umgekehrt **46,3%** der **Verteidiger** antworten, dieses Recht werde nur „**selten**“ oder „**gelegentlich**“ gewährt.
- **95,8%** aller Praktiker halten das Anhörungs- und Bezeichnungsrecht zugleich für **sinnvoll**. Als Grund hierfür wird vor allem die Ermöglichung einer eigenverantwortlichen Auswahl des (Vertrauens-)Anwalts genannt (78,8%). Speziell die Ermittlungsrichter weisen außerdem vielfach (26,9%) auf die Vermeidung der Notwendigkeit eines späteren Verteidigerwechsels hin (Strafverteidiger: 5,3%).

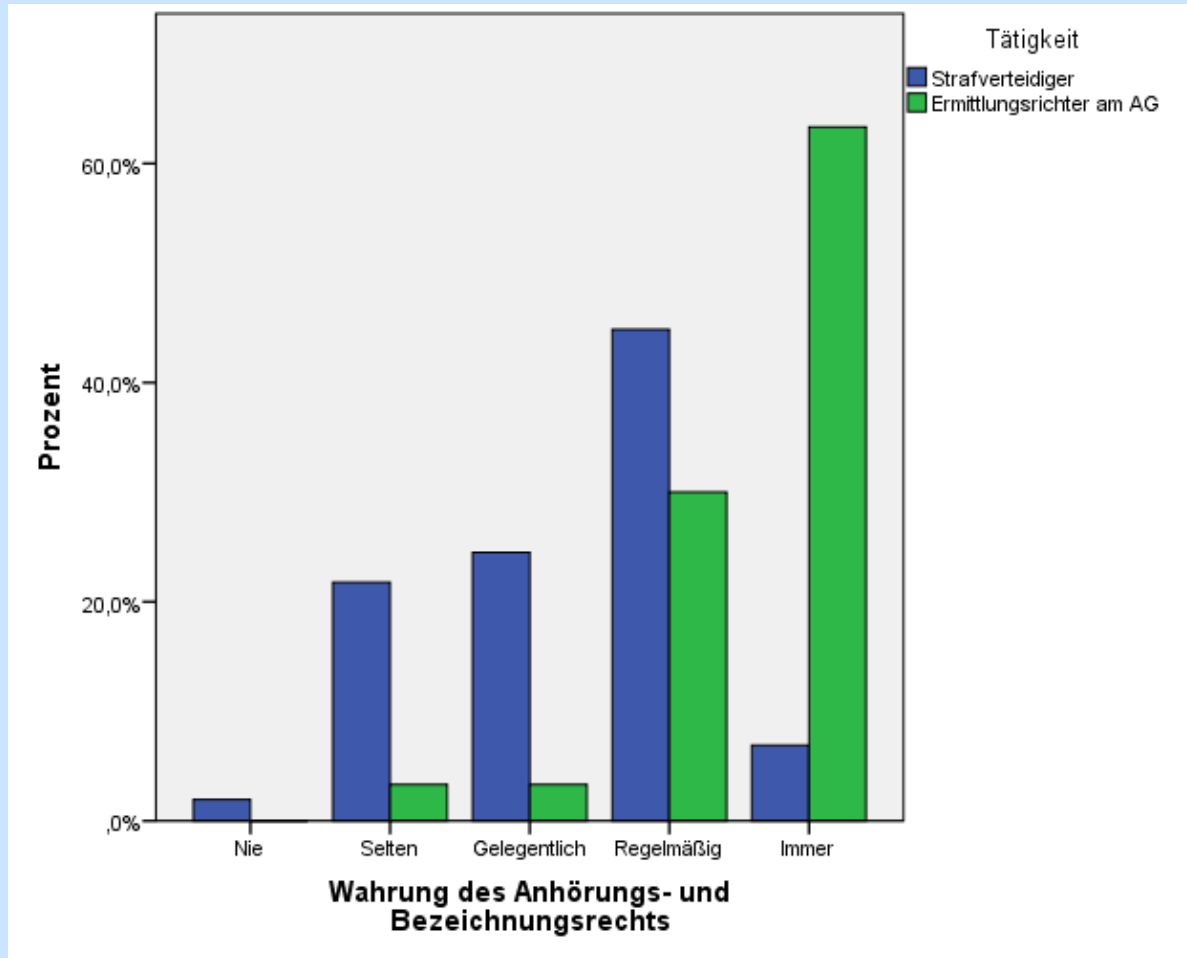
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Wahrung des Anhörungs- und Bezeichnungsrechts (beide Berufsgruppen)



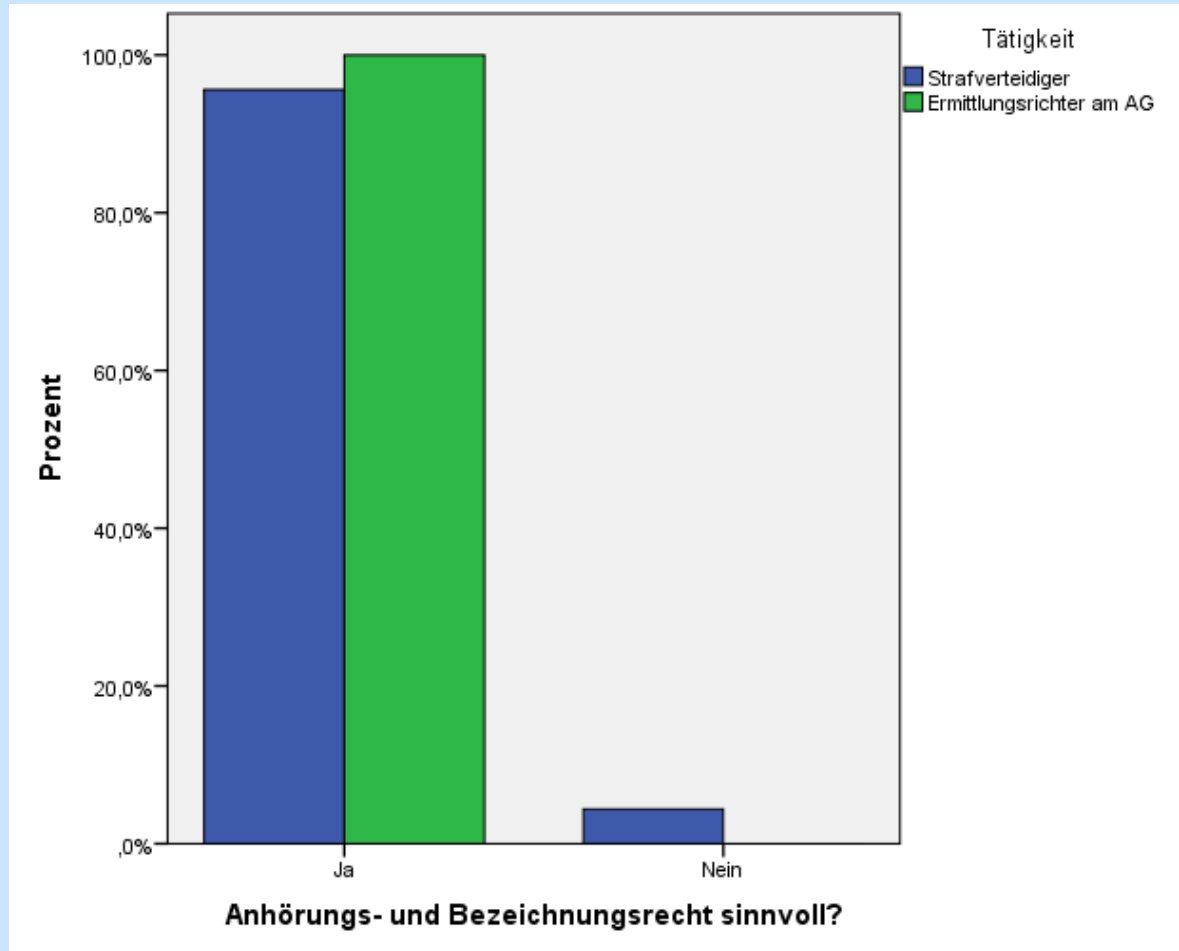
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Wahrung des Anhörungs- und Bezeichnungsrechts – nach Berufsgruppen



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Inhaltliche Befürwortung des Anhörungs- und Bezeichnungsrechts – nach Berufsgruppen



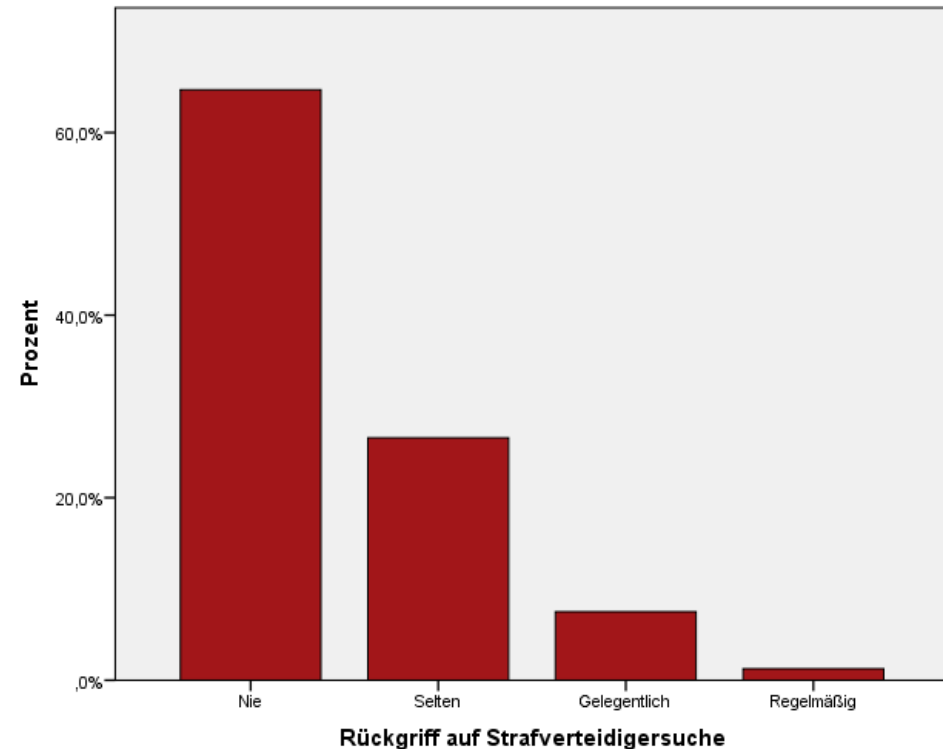
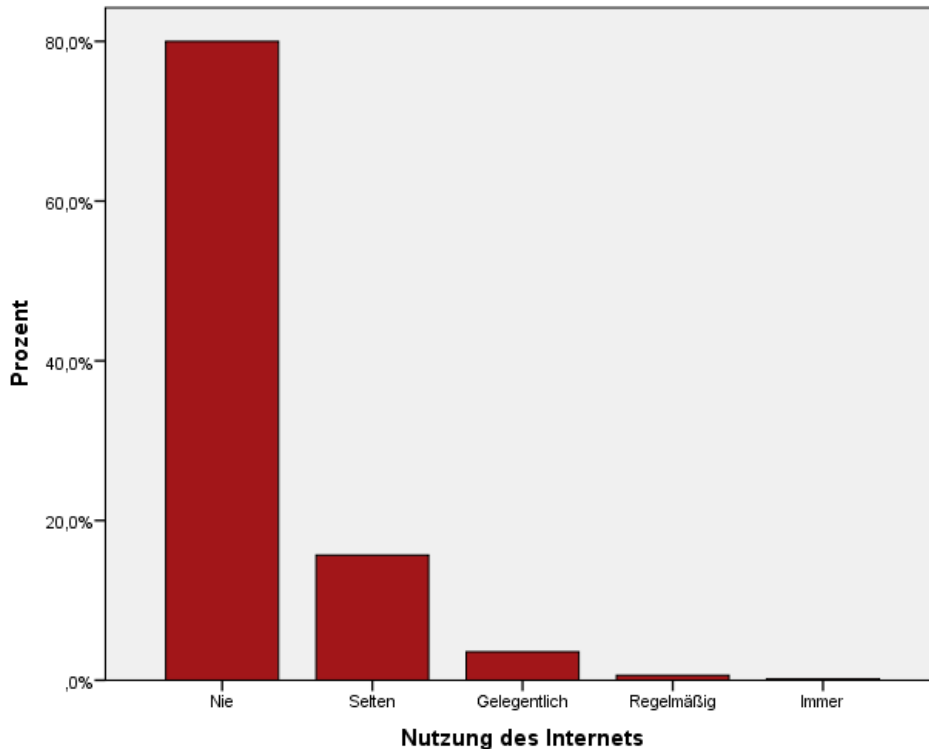
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Nutzung des Internets

- **80%** der Befragten geben an, die **Nutzung des Internets** werde dem Beschuldigten zu Zwecken der **Verteidigersuche** „**nie**“ ermöglicht. 15,7% wählten die Antwort „selten“. Nur 0,8% entfallen zusammen auf „regelmäßig“ und „immer“.
- Speziell auf die **Strafverteidigersuche** auf der **Homepage der AG Strafrecht im DAV** greift der Beschuldigte „**nie**“ (**64,7%**) oder „selten“ (**26,6%**) zurück.

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Wahrung des Anhörungs- und Bezeichnungsrechts: Nutzung des Internets und der Homepage der AG Strafrecht durch Beschuldigte



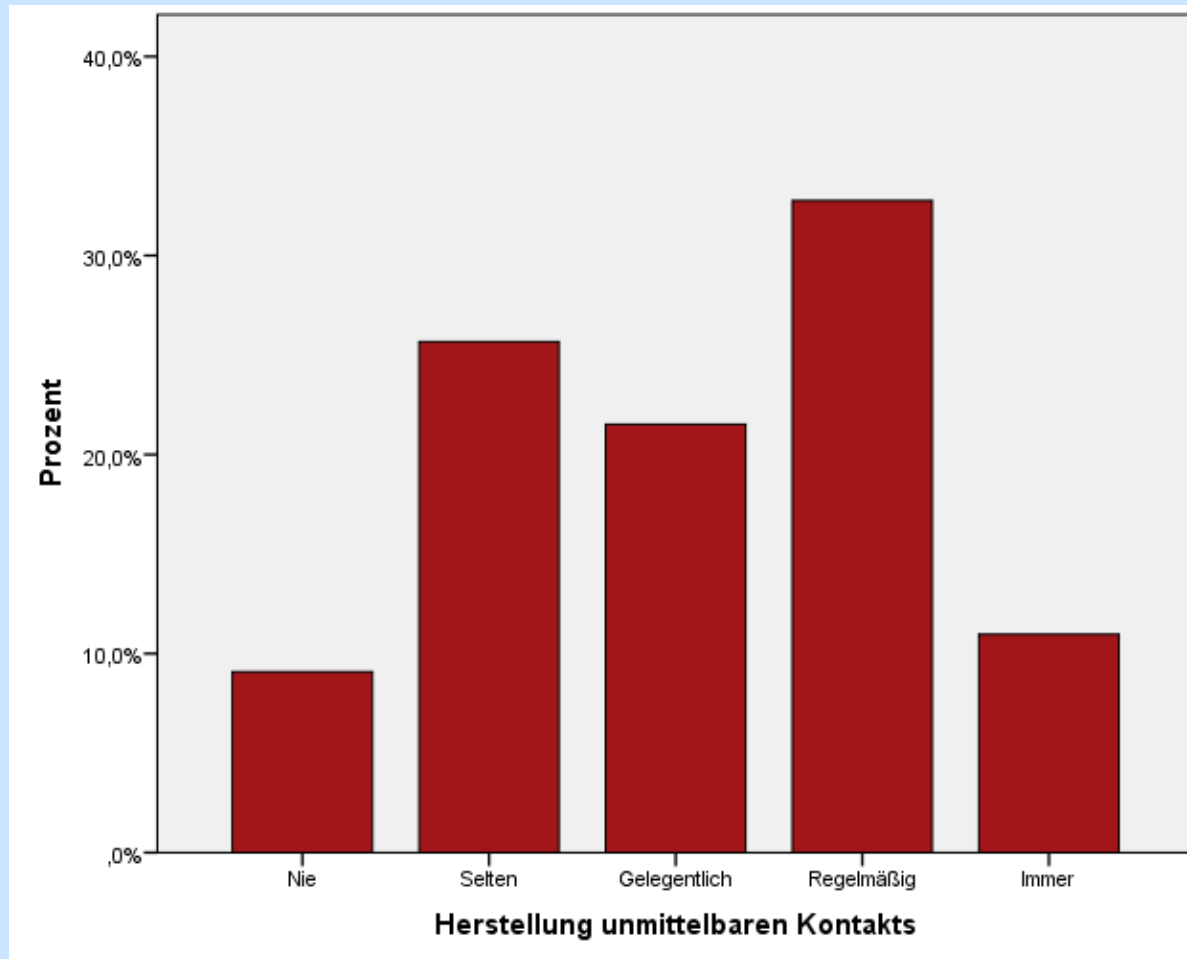
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Herstellung unmittelbaren Kontakts

- **48,1%** der **Ermittlungsrichter**, aber nur **11%** der **Verteidiger** geben an, die Herstellung unmittelbaren Kontakts mit dem ins Auge gefassten Verteidiger werde dem Beschuldigten „**immer**“ ermöglicht.
- Als Begründung, mit der die **Herstellung unmittelbaren Kontakts** im Einzelfall **versagt** wird, nennen die Antwortenden neben dem Aspekt der **Missbrauchsgefahr** (48,9%) u.a. die Nichterreichbarkeit des Verteidigers (11,5%) sowie (sonstige) organisatorische oder zeitliche Gründe (20,5%).

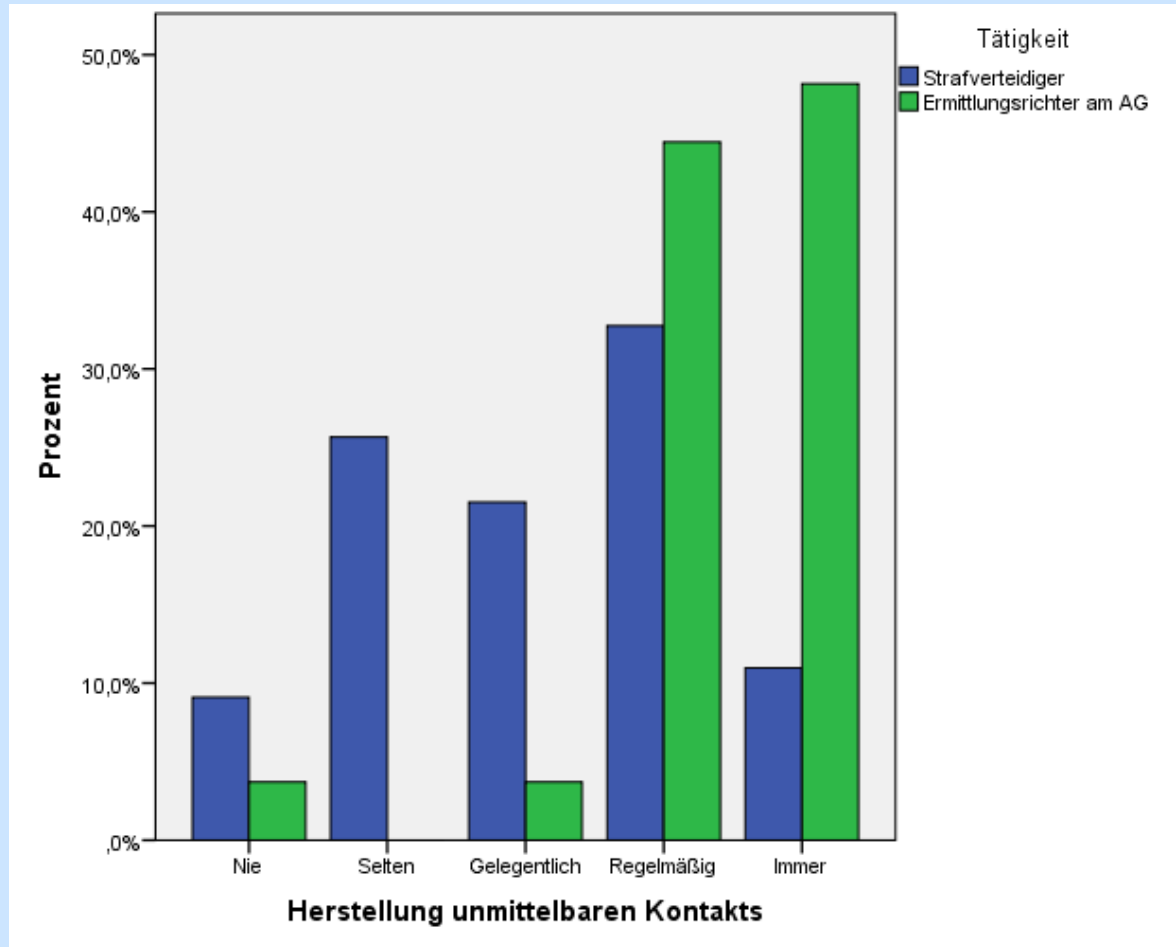
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Ermöglichung der Herstellung unmittelbaren Kontakts



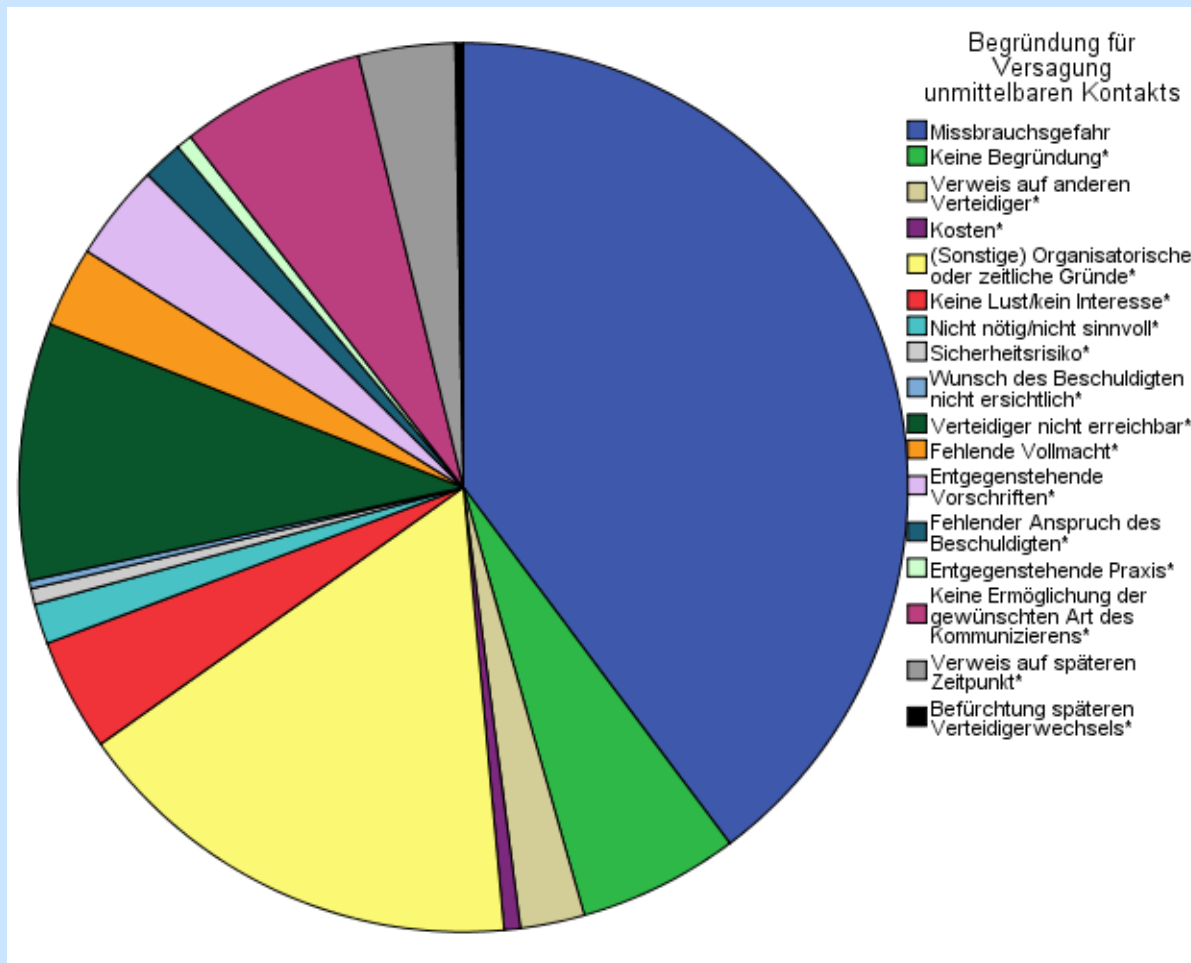
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Ermöglichung der Herstellung unmittelbaren Kontakts – disparates Bild nach Berufsgruppen



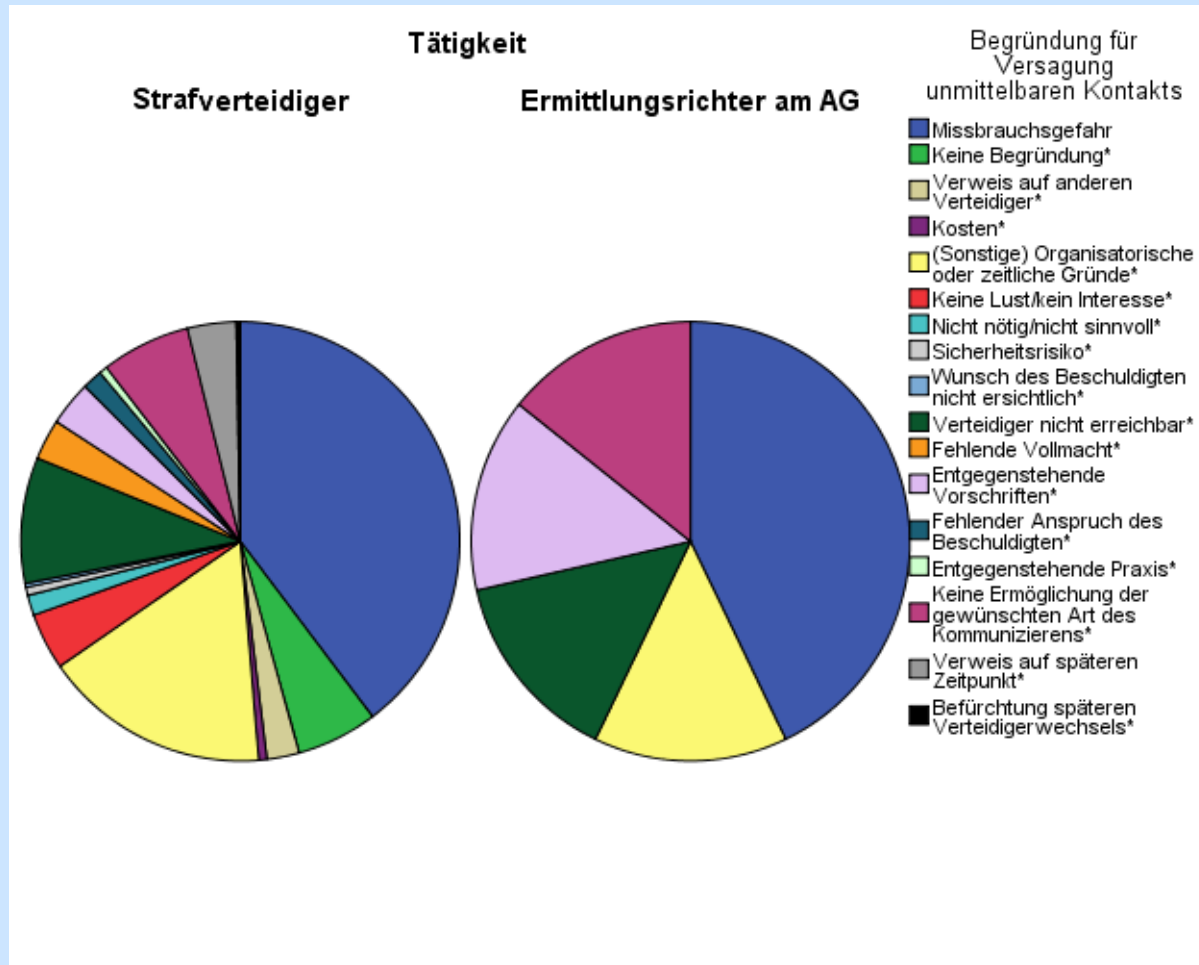
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Versagung unmittelbaren Kontakts – Begründungen (beide Berufsgruppen)



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Versagung unmittelbaren Kontakts – nach Berufsgruppen



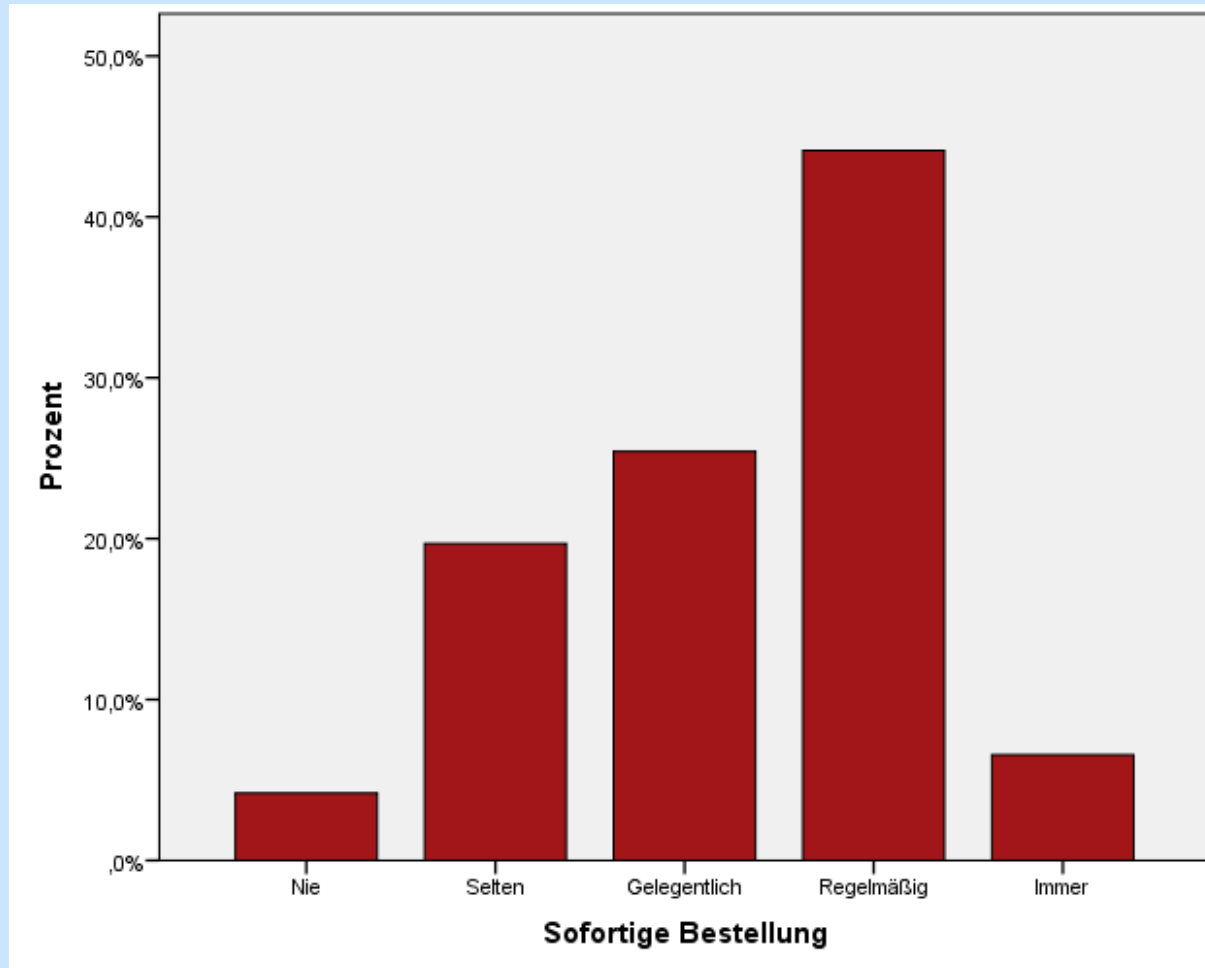
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Verteidigerbestellung per sofort nach Beginn der Vollstreckung

- **44,1%** der Praktiker geben an, „**regelmäßig**“ erfolge die Verteidigerbestellung sofort nach Beginn der Vollstreckung, obgleich das **Gesetz** (nur) von der Notwendigkeit „**unverzögerlicher**“ Bestellung spricht.
- Der **Großteil** (91,3%) der Ermittlungsrichter hält ungeachtet der Formulierung des Gesetzes eine sofortige Bestellung für **sachgerecht**; Gleiches gilt für **60,8%** der **Verteidiger**.

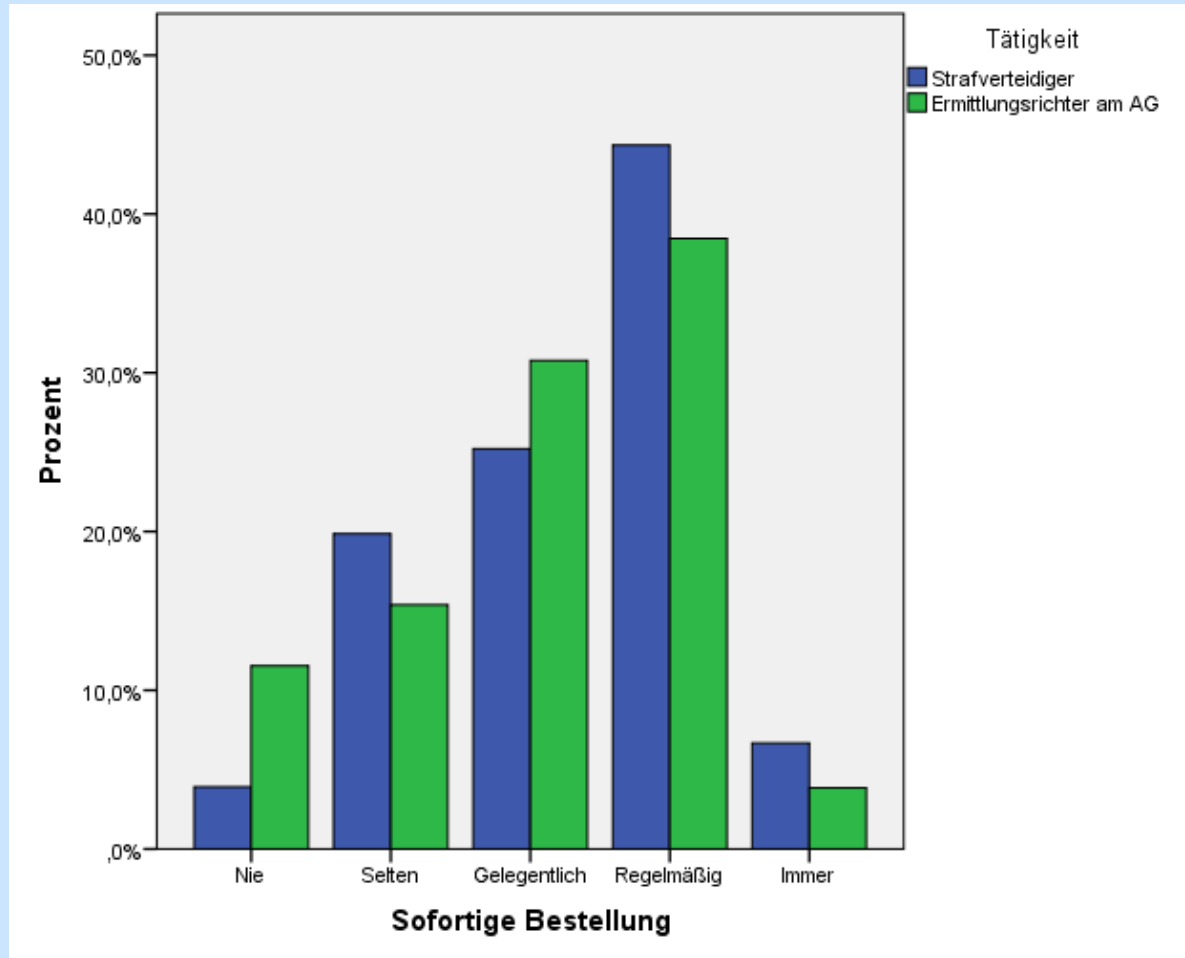
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Sofortige Bestellung (beide Berufsgruppen)



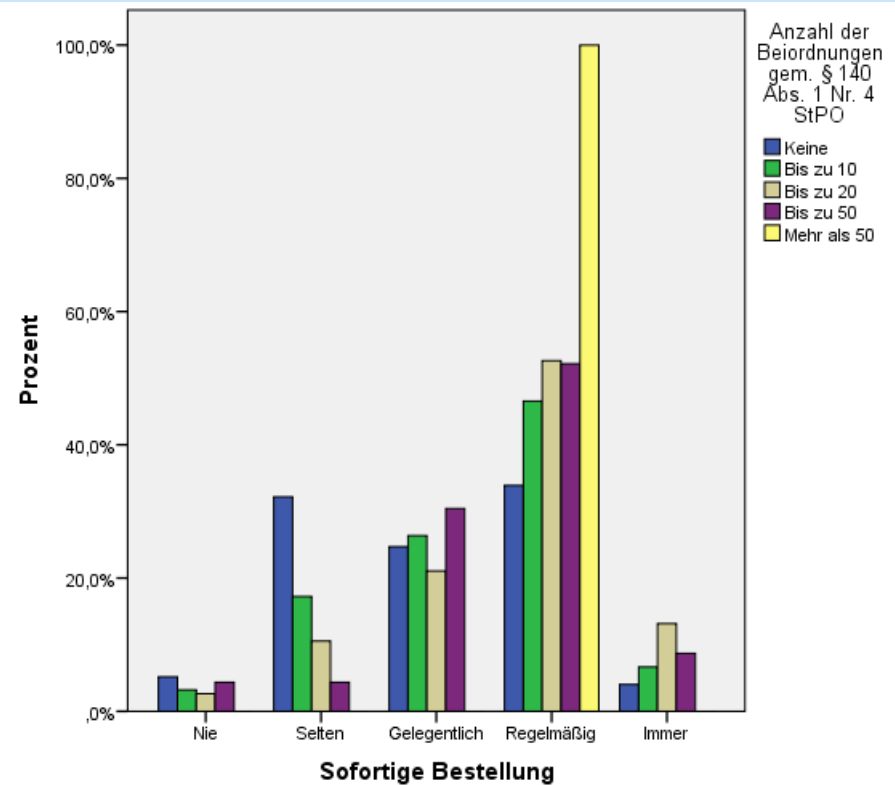
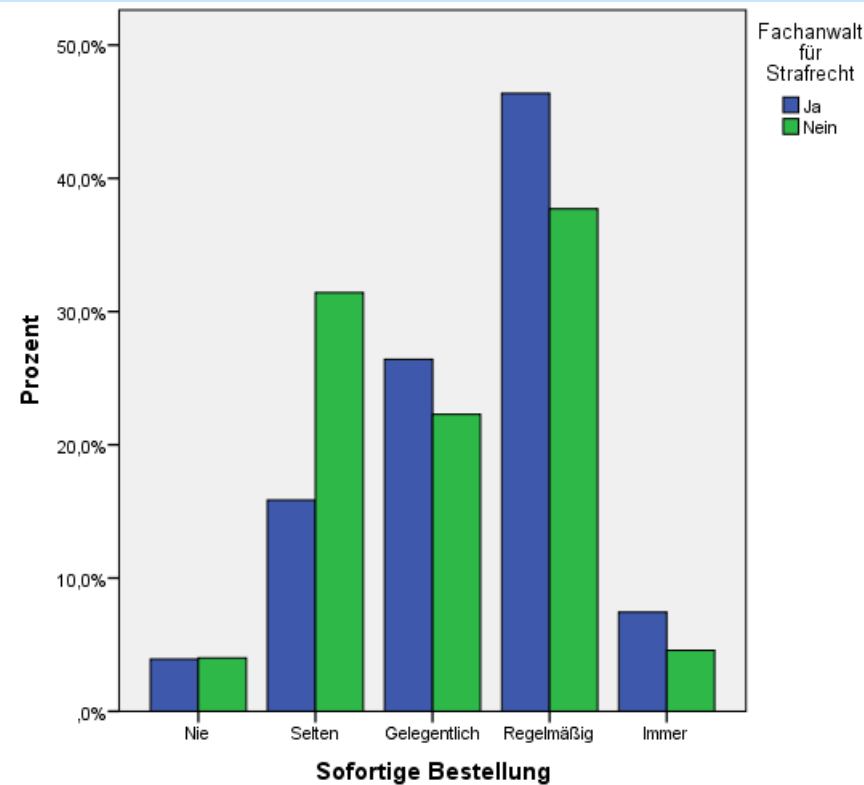
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht – nach Berufsgruppen



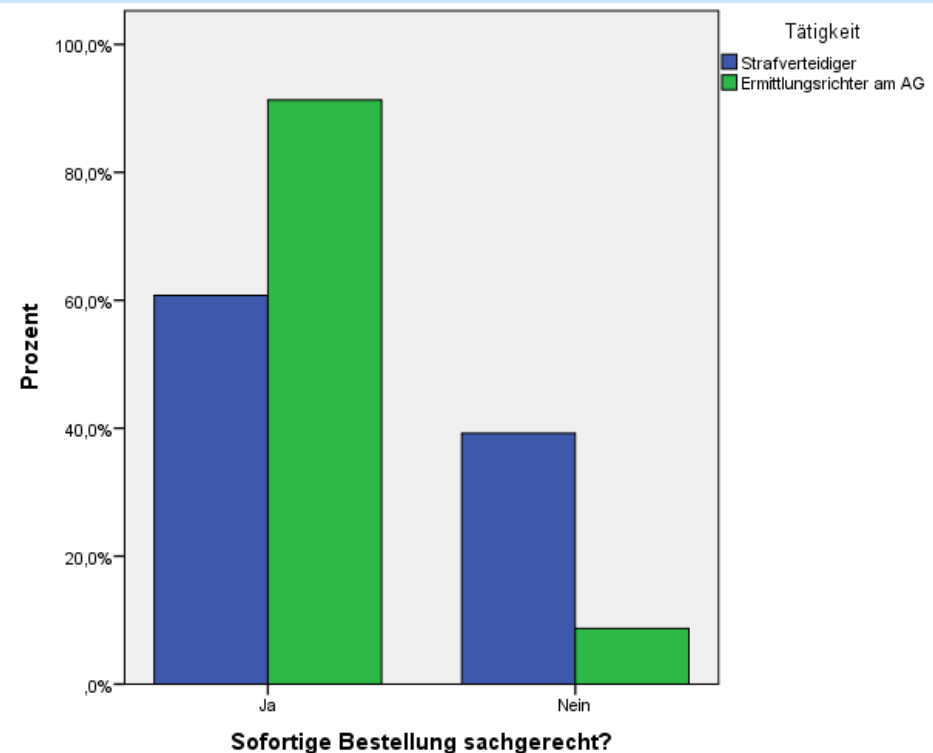
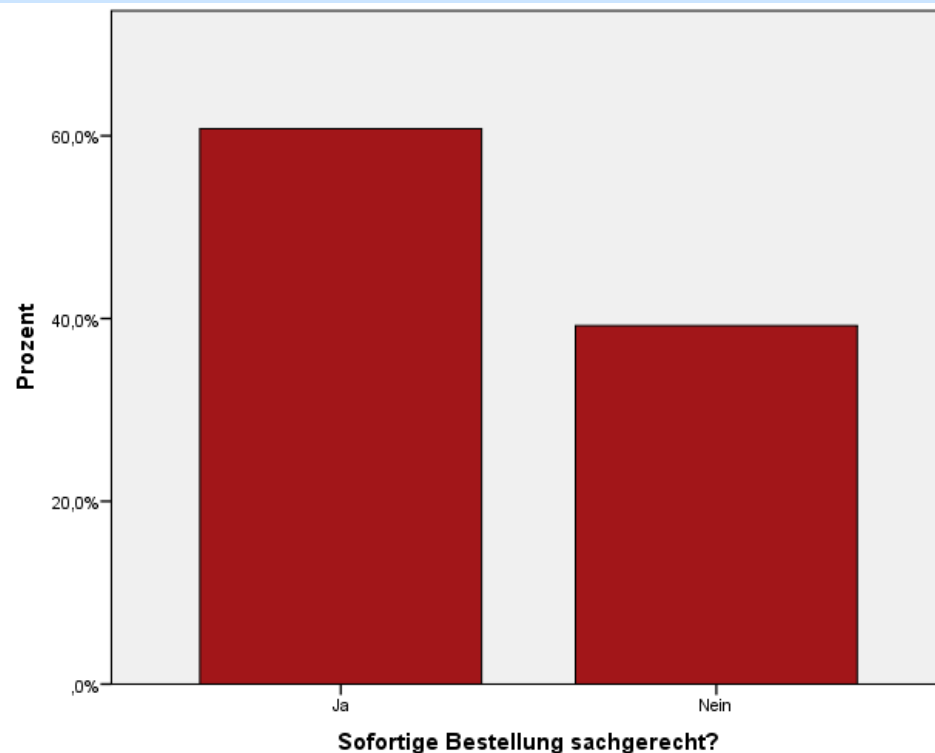
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhørungs- und Bezeichnungsrecht – Binnendifferenzierung nach Fachanwaltstitel und Beiordnungserfahrung



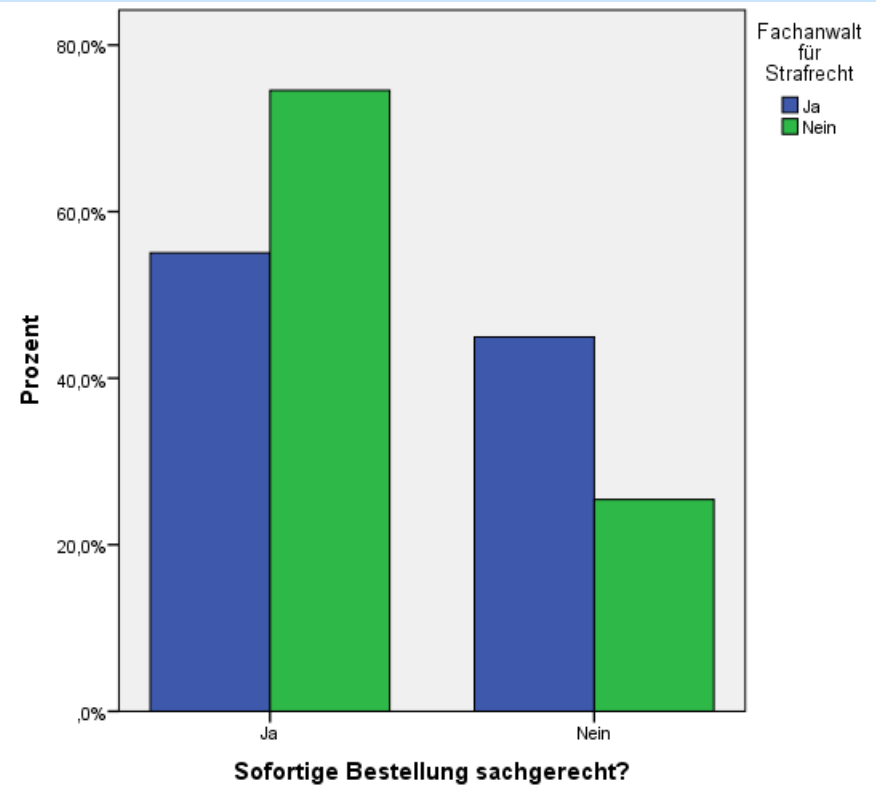
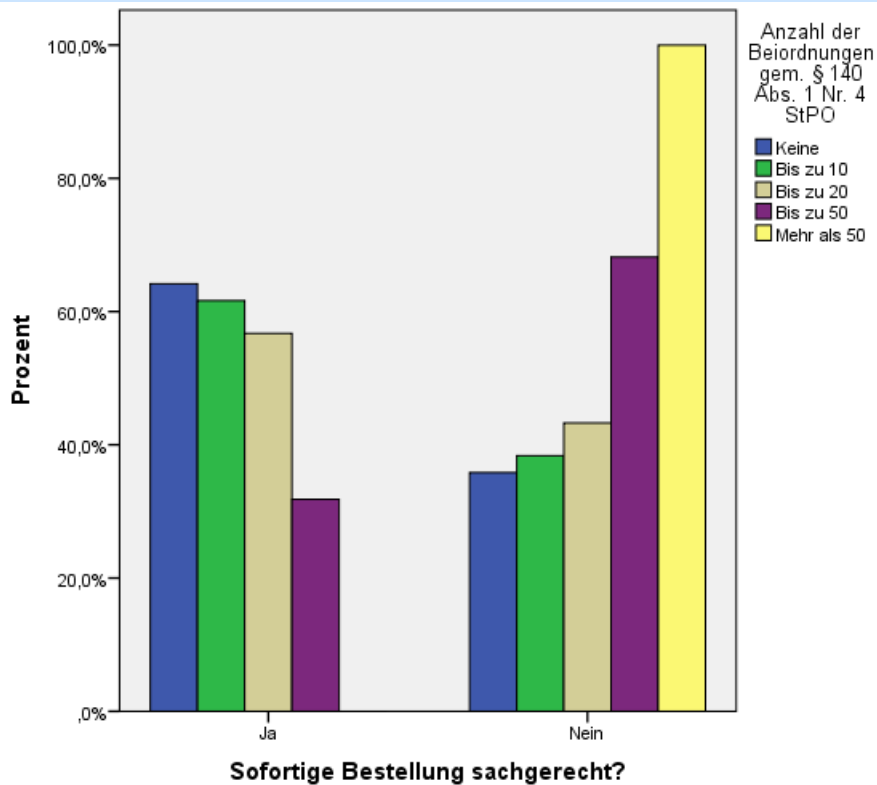
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht de lege ferenda: Sofortige Bestellung sachgerecht?



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht de lege ferenda: „Sofortige Bestellung sachgerecht?“ bei Binnendifferenzierung nach Haftbeiordnungserfahrung und Fachanwaltstitel



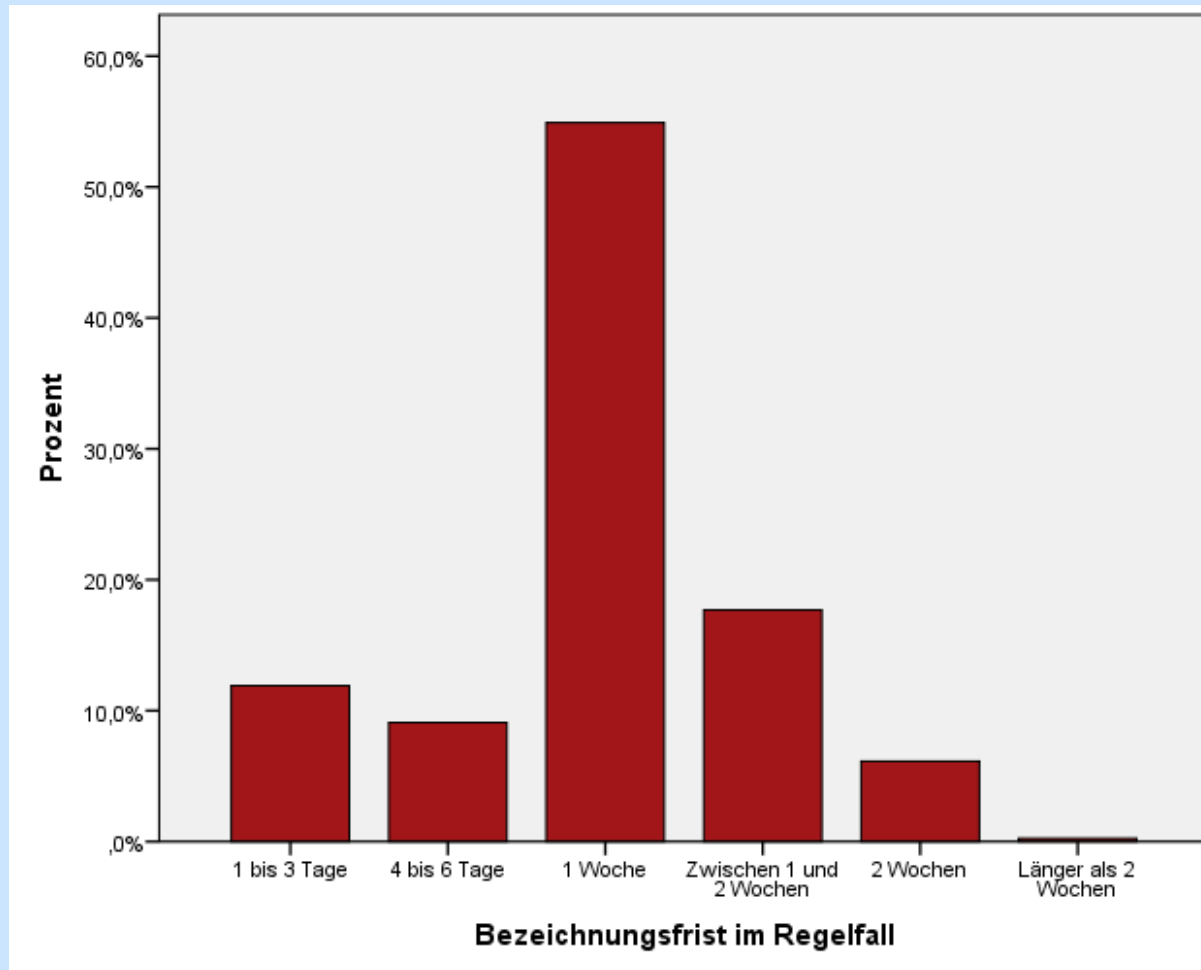
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Verteidigerbestellung nach Bezeichnungsfristen

- Soweit keine sofortige Bestellung praktiziert wird, wird dem Beschuldigten nach Angaben von 54,9% der Praktiker **im Regelfall** eine **Bezeichnungsfrist** von einer Woche gesetzt. Dahinter folgen die Antworten „zwischen 1 und 2 Wochen“ (17,7%) und „1 bis 3 Tage“ (11,9%).
- Über die Auslegung des gesetzlichen **Unverzüglichkeitsgebotes** besteht **Uneinigkeit**. So halten 20,0% eine Frist von zwei Wochen ausnahmslos noch für unverzüglich, andererseits sind 19,1% der Meinung, eine Frist von einer Woche sei ausnahmslos nicht mehr unverzüglich. **Ein Drittel** (33,3%) der Teilnehmenden vertritt die Auffassung, es komme insoweit stets auf den **Einzelfall** an. 70,4% der Ermittlungsrichter und **53,3% der Strafverteidiger** sprechen sich generell für eine **flexible Frist** aus.

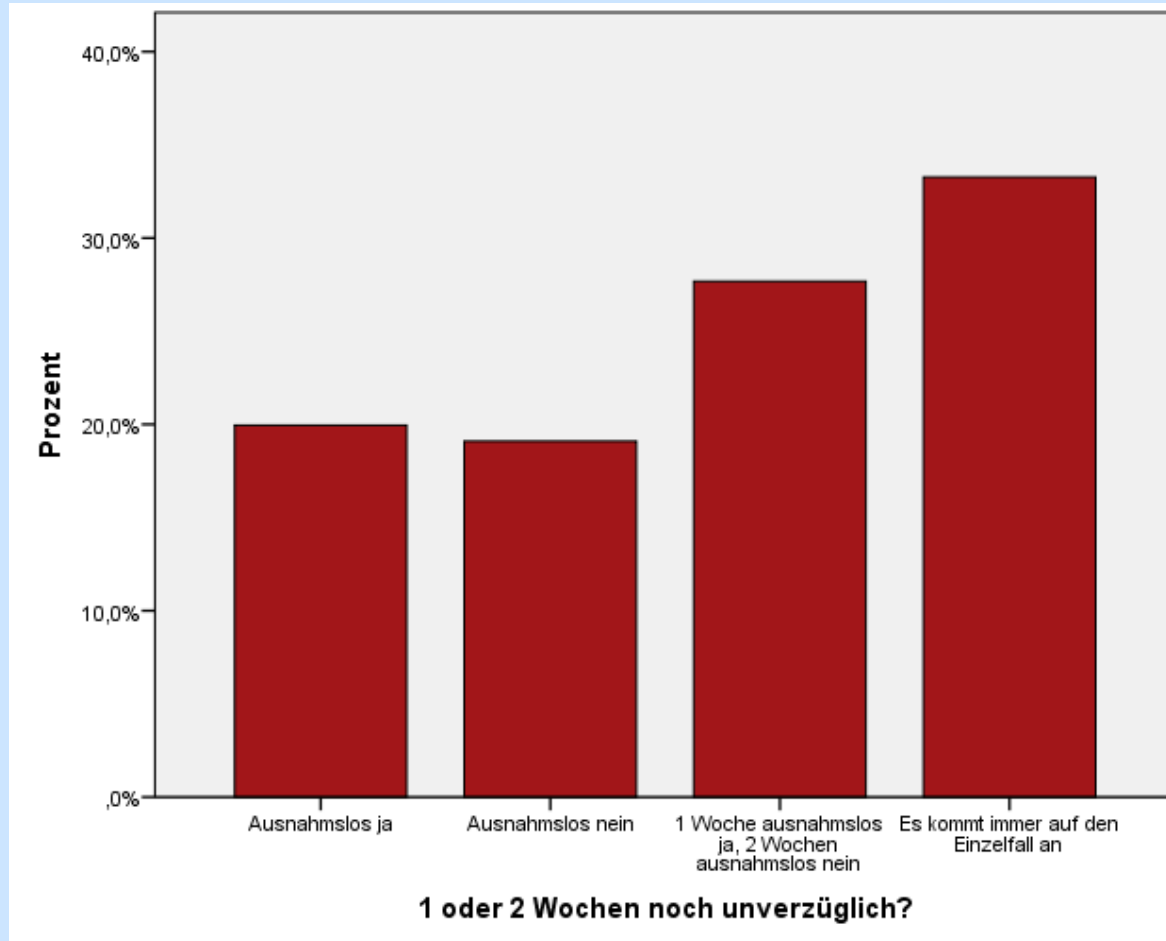
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Bezeichnungsfrist im Regelfall (beide Berufsgruppen)



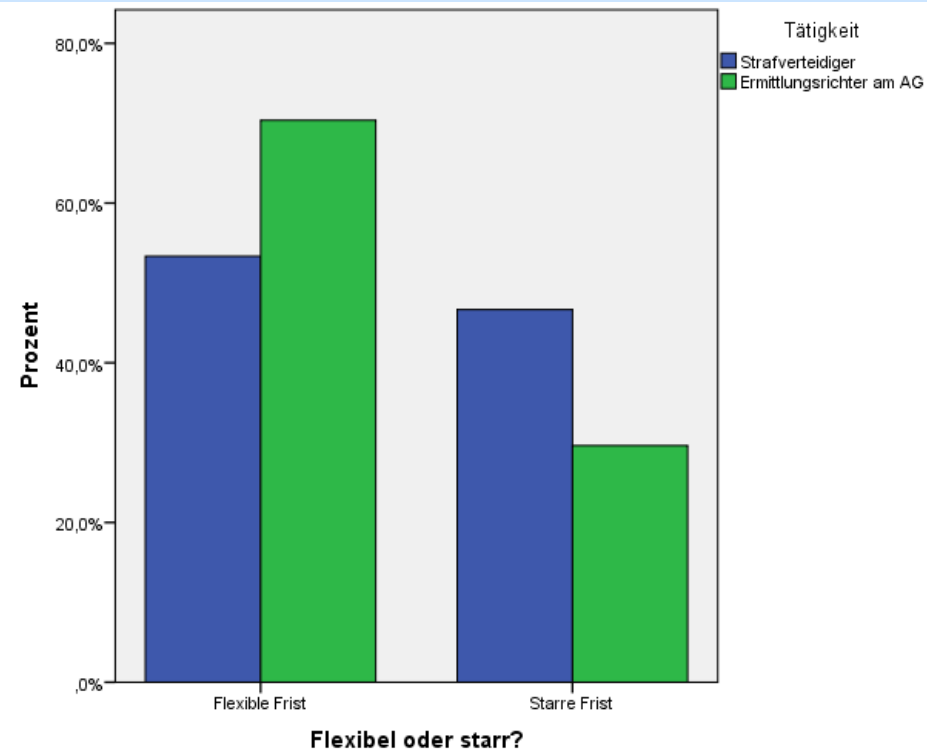
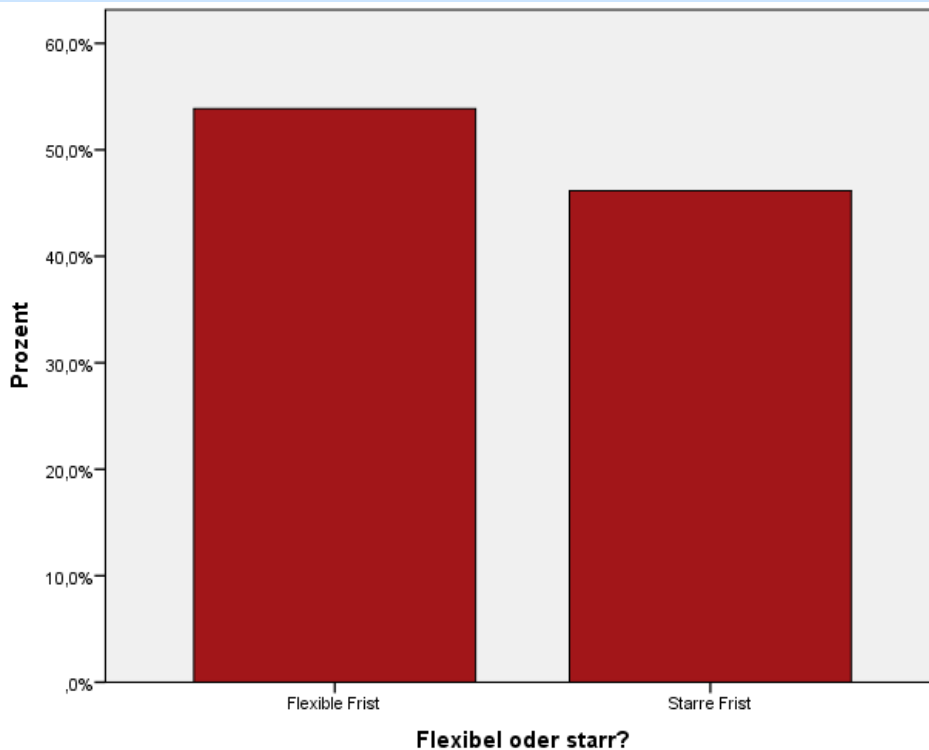
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Bezeichnungsfrist im Regelfall – 1 oder 2 Wochen noch „unverzüglich“?



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Einstellungen der beiden Berufsgruppen zu einer flexible(re)n Frist



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

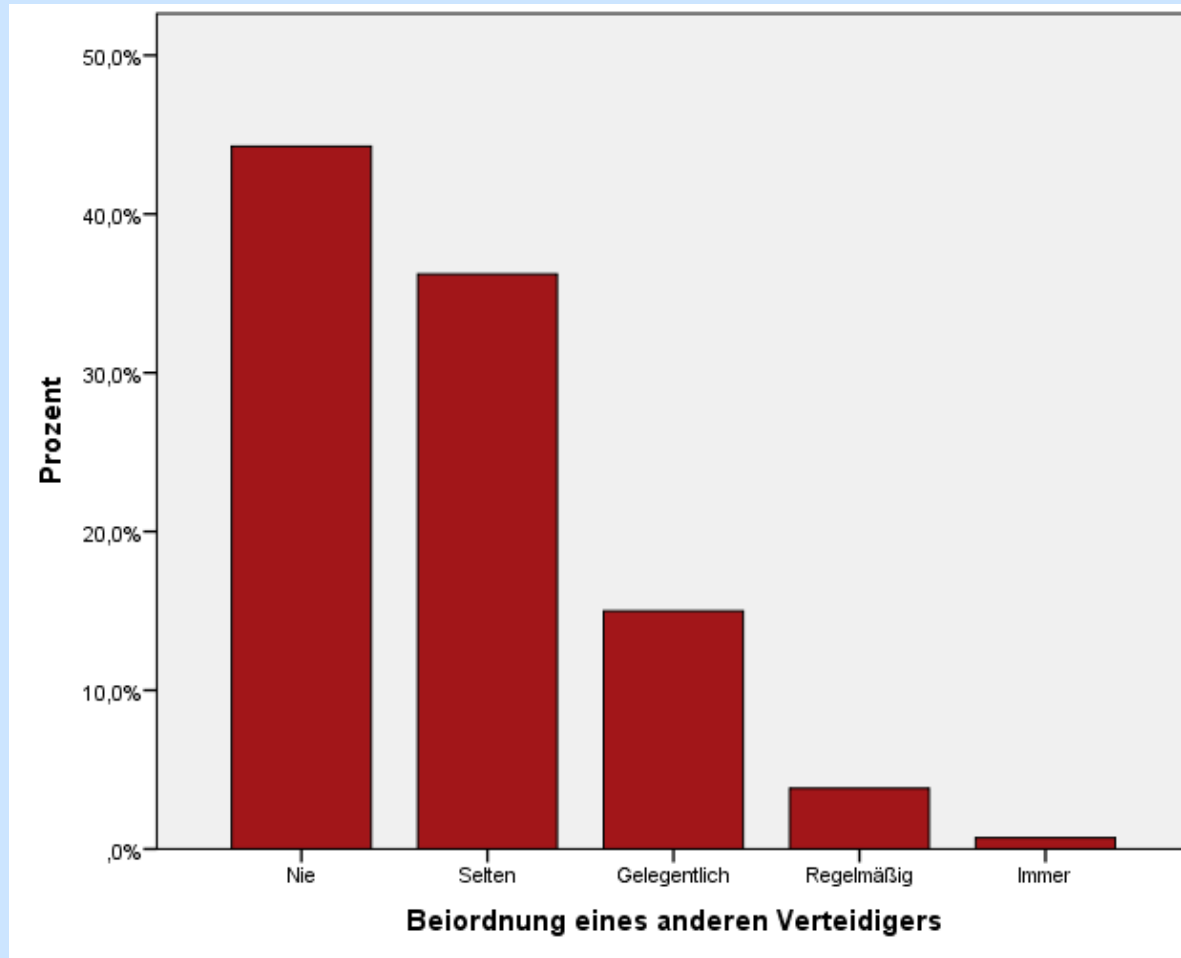
Rechtsfolgen bei Benennung eines Verteidigers durch Beschuldigten

► *Nach § 142 Abs. 1 Satz 2 bestellt der Ermittlungsrichter (§ 141 Abs. 4 Hs. 2) den vom Beschuldigten innerhalb der Frist bezeichneten Verteidiger, „wenn dem kein wichtiger Grund entgegensteht“.*

- Zwar berichten 42,8% der Strafverteidiger, es werde vom Gericht ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes im Sinne des § 142 Abs. 1 Satz 2 nie ein anderer Verteidiger beigeordnet. Gleichzeitig entfallen angesichts der **kein Bestellungsermessen** eröffnenden Formulierung des Gesetzes **bedenkliche 36,9%** auf die Alternative „**selten**“ und **15,6% auf „gelegentlich“**. Auch **20,7% der Ermittlungsrichter** geben an, dass trotz Fehlens eines wichtigen Grundes gleichwohl „**selten**“ ein **anderer** als der bezeichnete Verteidiger **bestellt** werde.
- Als **Zielrichtungen** für eine solche vom Wunsch des Beschuldigten abweichende Beiordnung werden z.B. genannt: Auswahl eines aus Sicht des Gerichts **geeigneteren Verteidigers** (Verteidiger: 56,9%; Richter: 25,0%), Ortsferne des Kanzleisitzes (V: 45,8%; R: 25,0%) oder der Schutz des Beschuldigten vor als unsachgemäß und/oder prozessordnungswidrig empfundener Verteidigung (V: 15,0%; R: 25,0%).

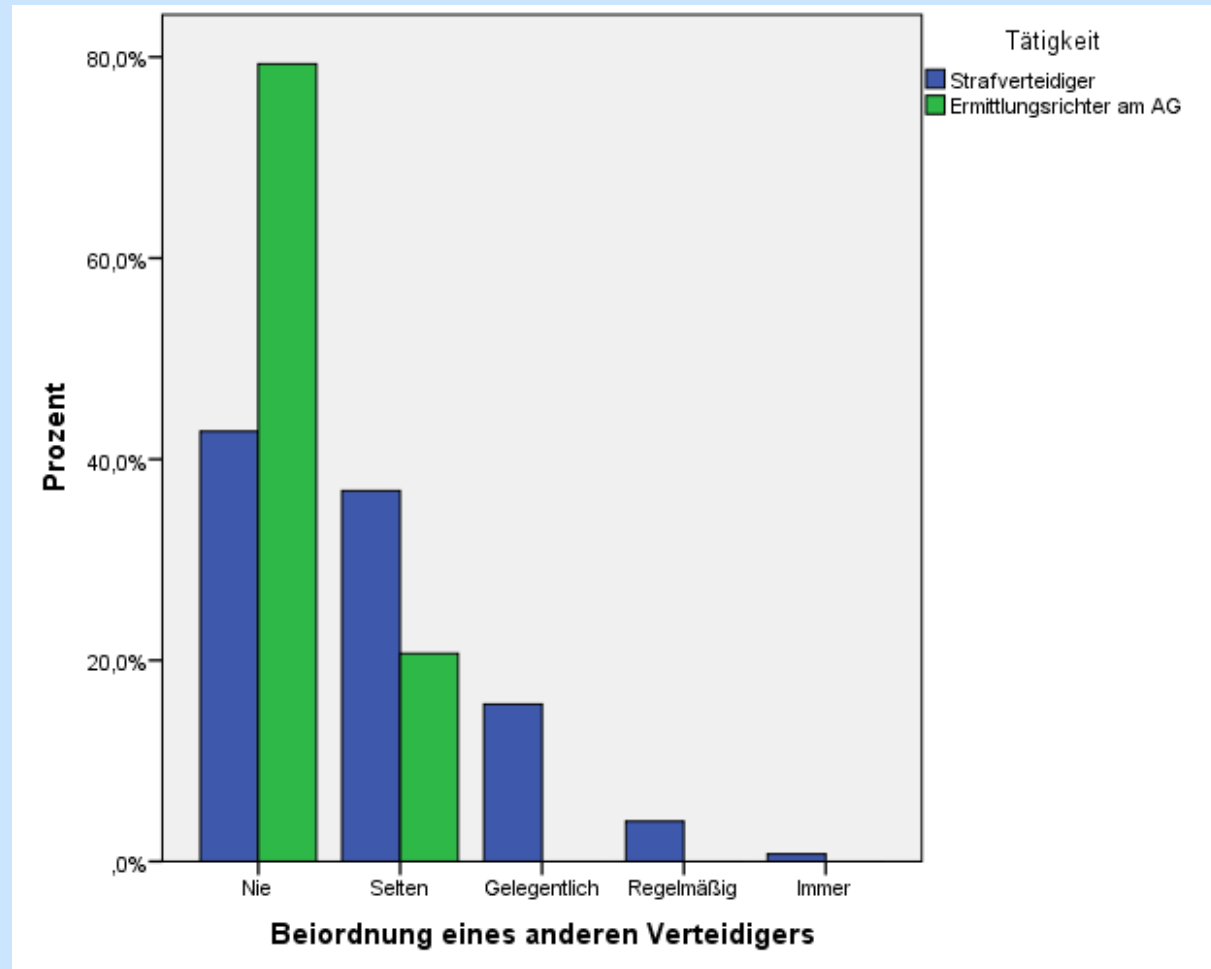
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Beiordnung eines anderen Verteidigers (beide Berufsgruppen)



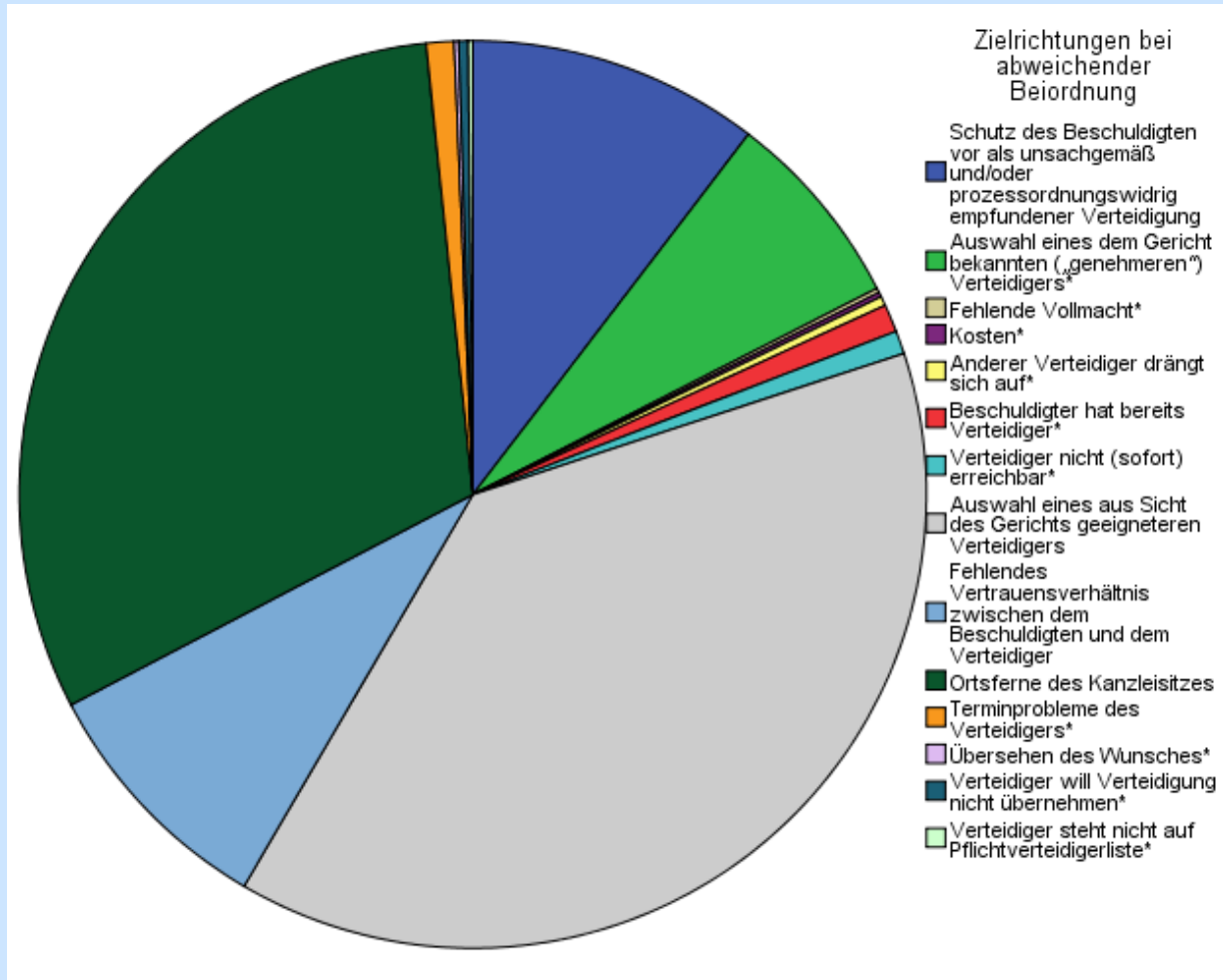
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Beiordnung eines anderen Verteidigers – Wahrnehmung der Abweichung von der geltenden Rechtslage nach Berufsgruppen



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Zielrichtungen bei trotz § 142 Abs. 1 Satz 2 abweichender Beiordnung



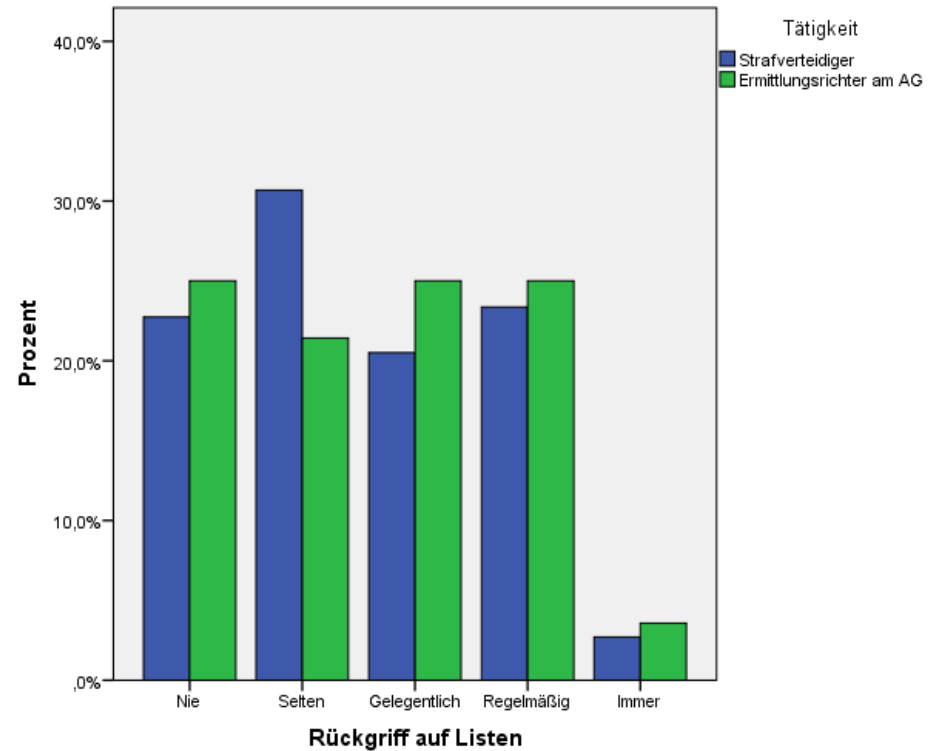
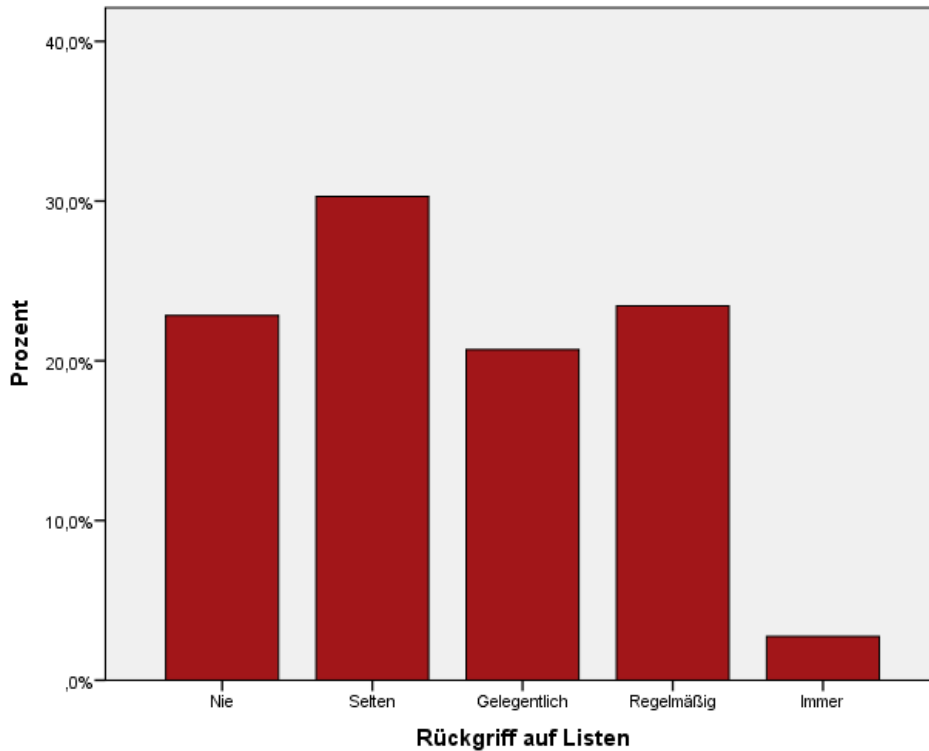
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten I

- Die **Erfahrungen** mit der Nutzung von Verteidigerlisten sind **disparat**. 23,4% der Praktiker geben an, es werde „**regelmäßig**“ auf Listen zurückgegriffen, nach den Erfahrungen fast ebenso vieler (22,8%) geschieht dies „**nie**“.
- Nach der Angabe von mehr als der Hälfte der Richter (55,6%) – aber weniger als einem **Drittel der Verteidiger** (32,2%) – werden regelmäßig **Listen** gebraucht, die dem Einblick Dritter **zugänglich** und nicht nur Gerichtsinterna sind.
- Mit **72,2%** berichtet der ganz überwiegende Teil der Teilnehmenden von einer **alphabetischen Strukturierung** der Listen. Eine Sortierung nach der formalen Qualifikation der Anwälte (Fachanwaltstitel) erfolgt offenbar selten (5,2%).
- Bei der Frage nach sachlichen **Auswahlkriterien** für die Aufnahme in die Listen werden am häufigsten die Antworten „**Fachanwalt** für Strafrecht“ (83,2%), „**Interessengebiete/Tätigkeitsschwerpunkte**“ (17,6%), „**Geographischer Bereich**, in dem der Anwalt bereit ist, als Verteidiger beigeordnet zu werden“ (14,6%) und „**zeitliche Erreichbarkeit**“ (13,6%) genannt.

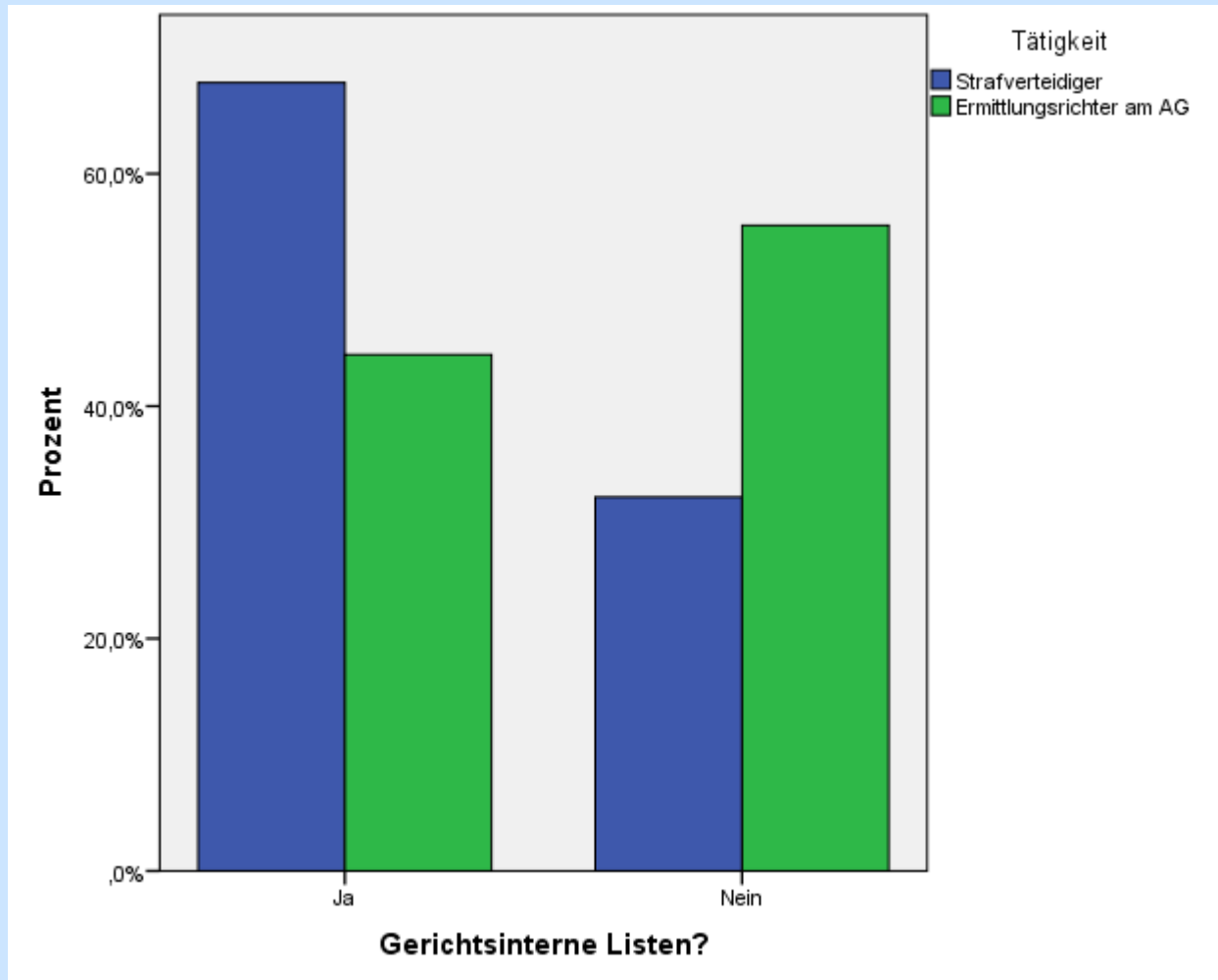
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten – Verbreitung des Rückgriffs auf Listen



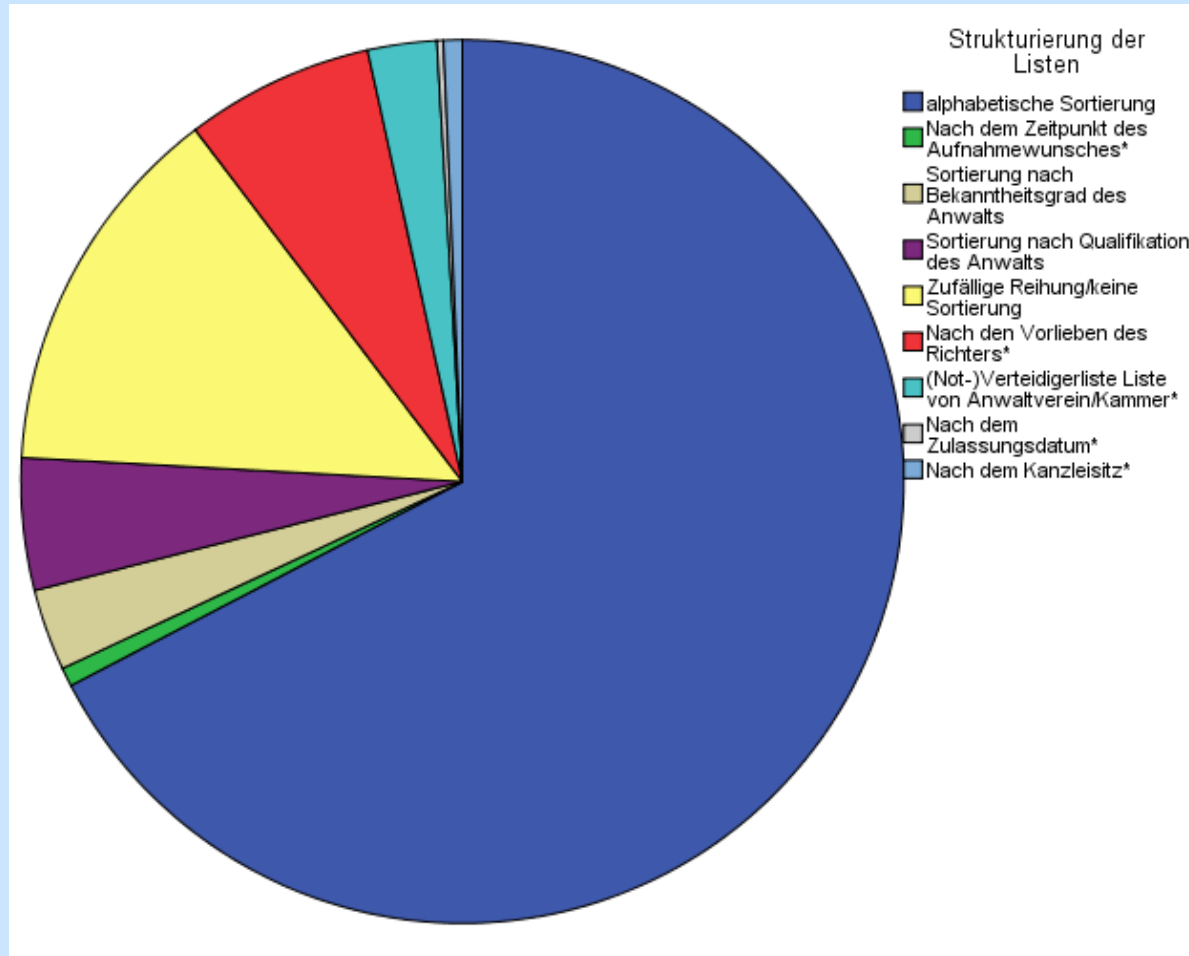
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten – Verbreitung gerichtsinterner Listen



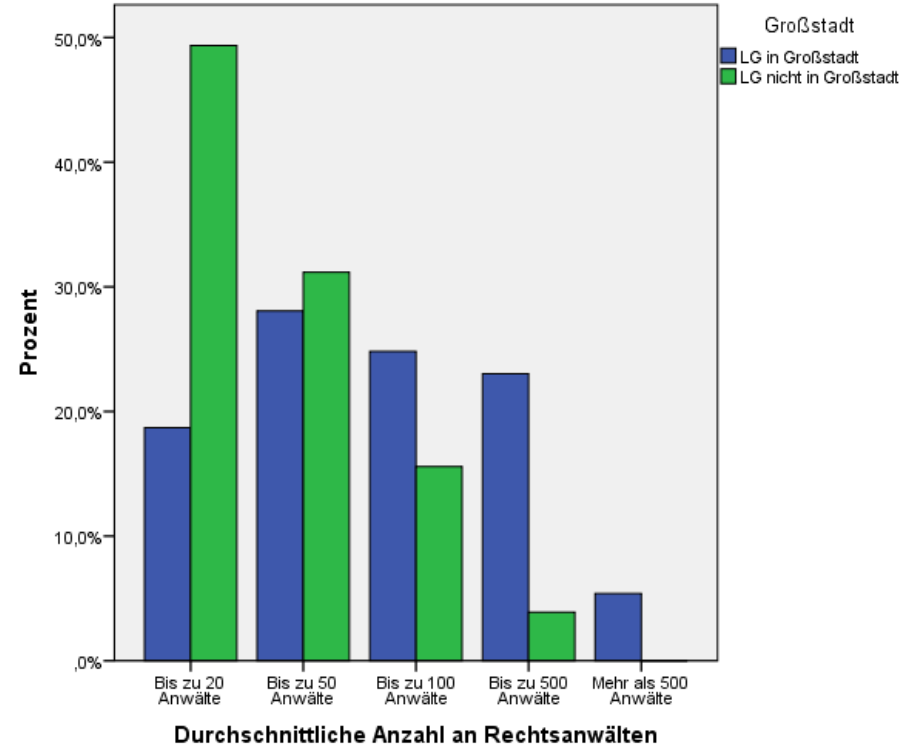
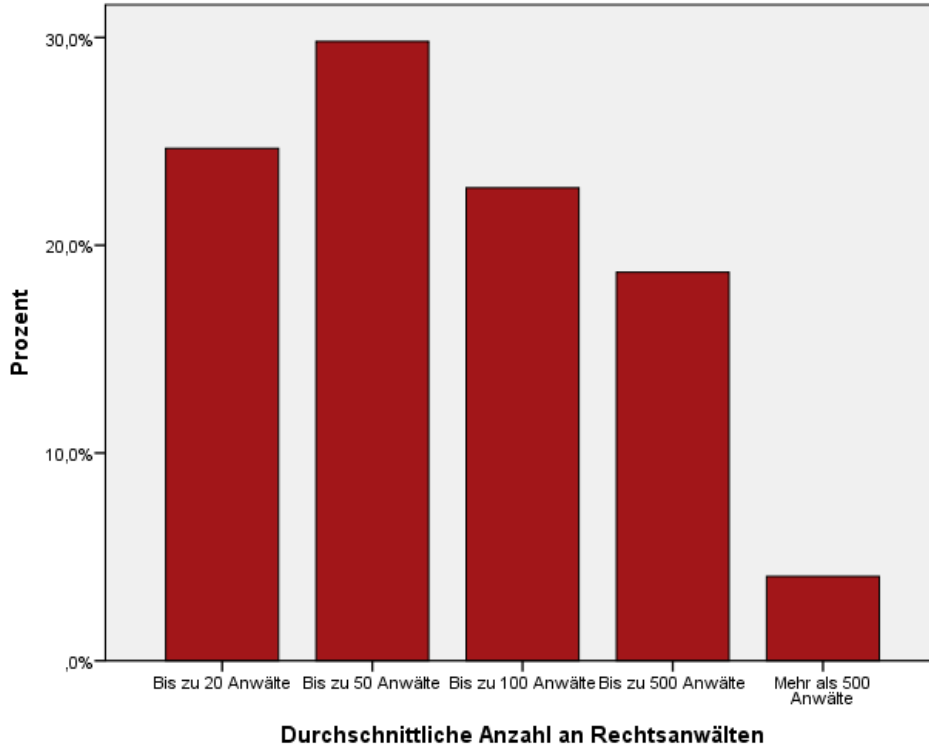
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten – Strukturierung



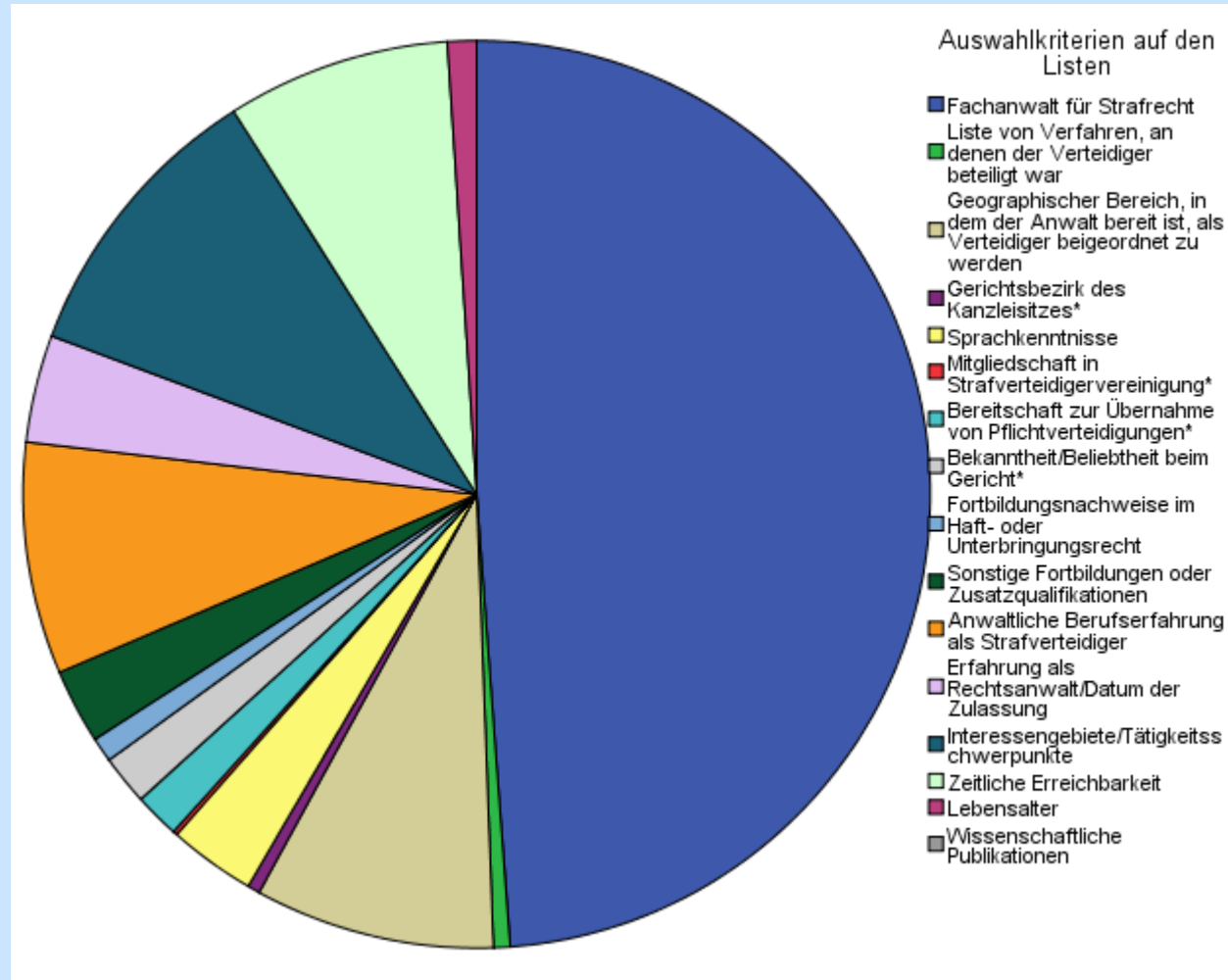
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten: Durchschnittliche Anzahl an aufgeführten Rechtsanwälten (absolut und Differenzierung Großstadt [> 100.000]/Nicht-Großstadt)



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten: Auswahlkriterien (beide Berufsgruppen)



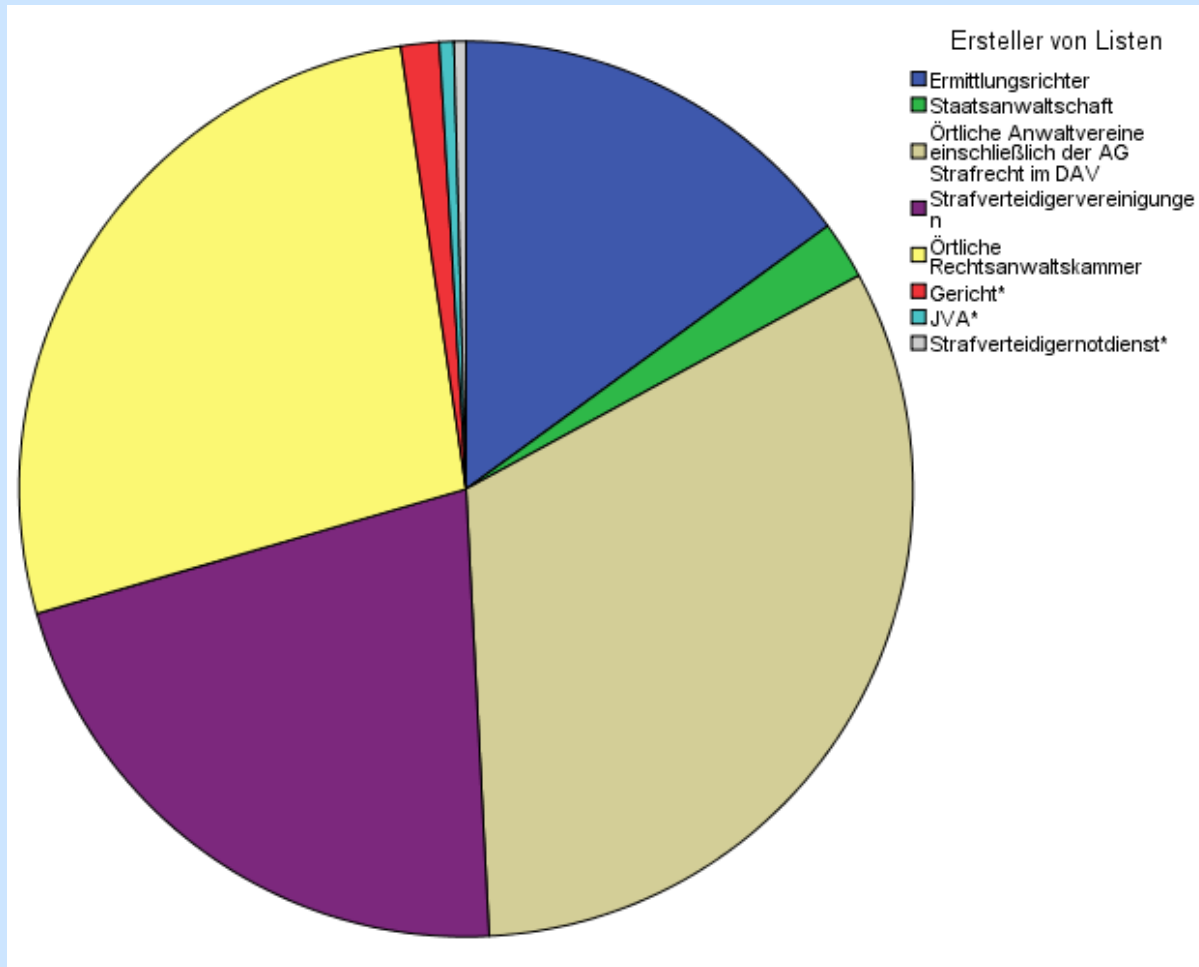
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten II

- Laut **57,1%** der Antwortenden sind die **örtlichen Anwaltvereine einschließlich der AG Strafrecht im DAV** als **Ersteller** von Verteidigerlisten in Erscheinung getreten. **48,3%** nennen hier die örtliche **Rechtsanwaltskammer**, **38,0%** die **Strafverteidigervereinigungen**, 26,7% die Ermittlungsrichter und 3,7% die Staatsanwaltschaften.
- Fast **drei Viertel** (73,2%) der Teilnehmer geben an, etwa vorhandene Listen würden im Bedarfsfall **„nie“ oder „selten“** an den Beschuldigten **ausgehändigt**. Nur 13,0% geben an, dies geschehe „regelmäßig“ oder „immer“.

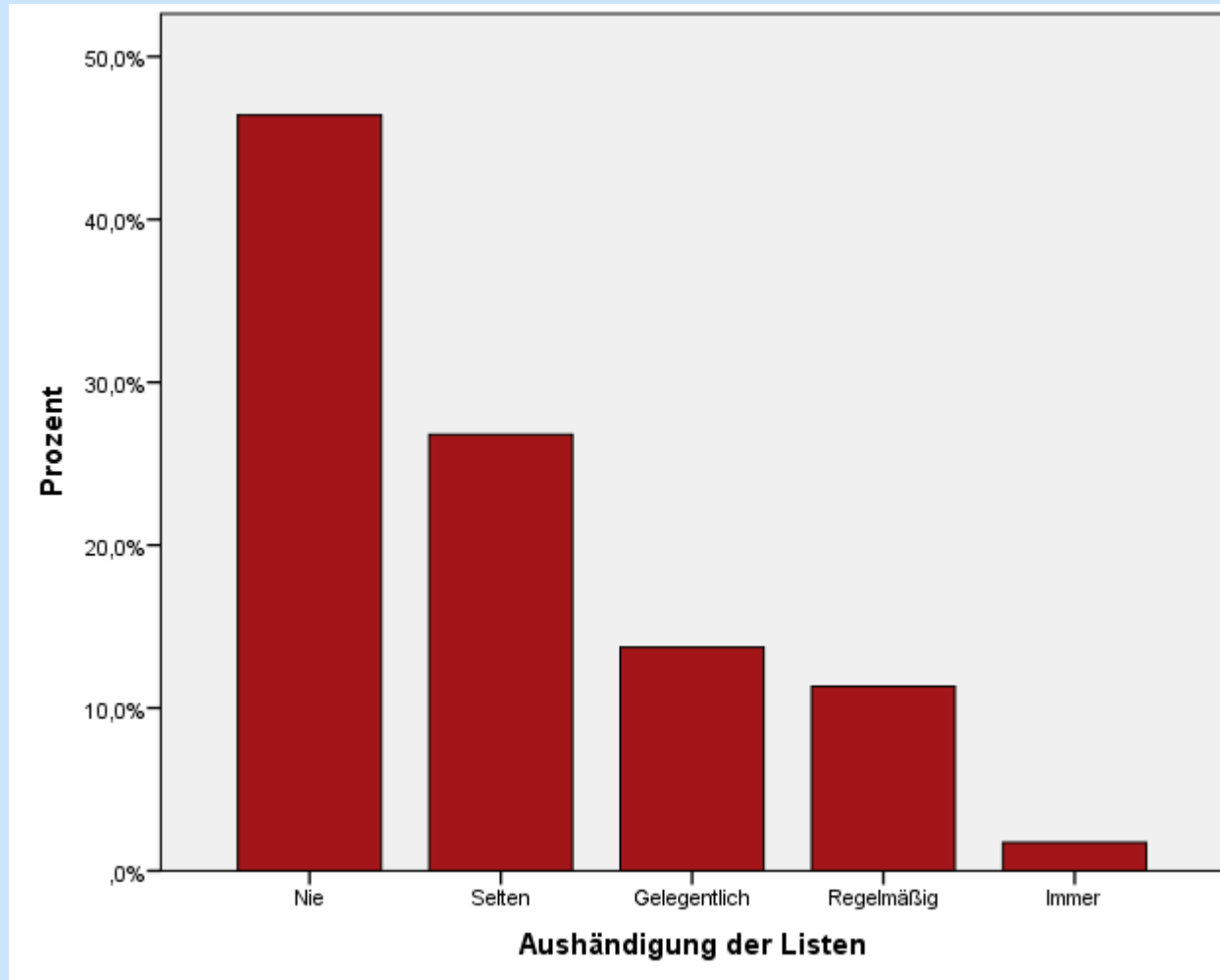
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten: Ersteller von Listen



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten: Aushändigung von Listen



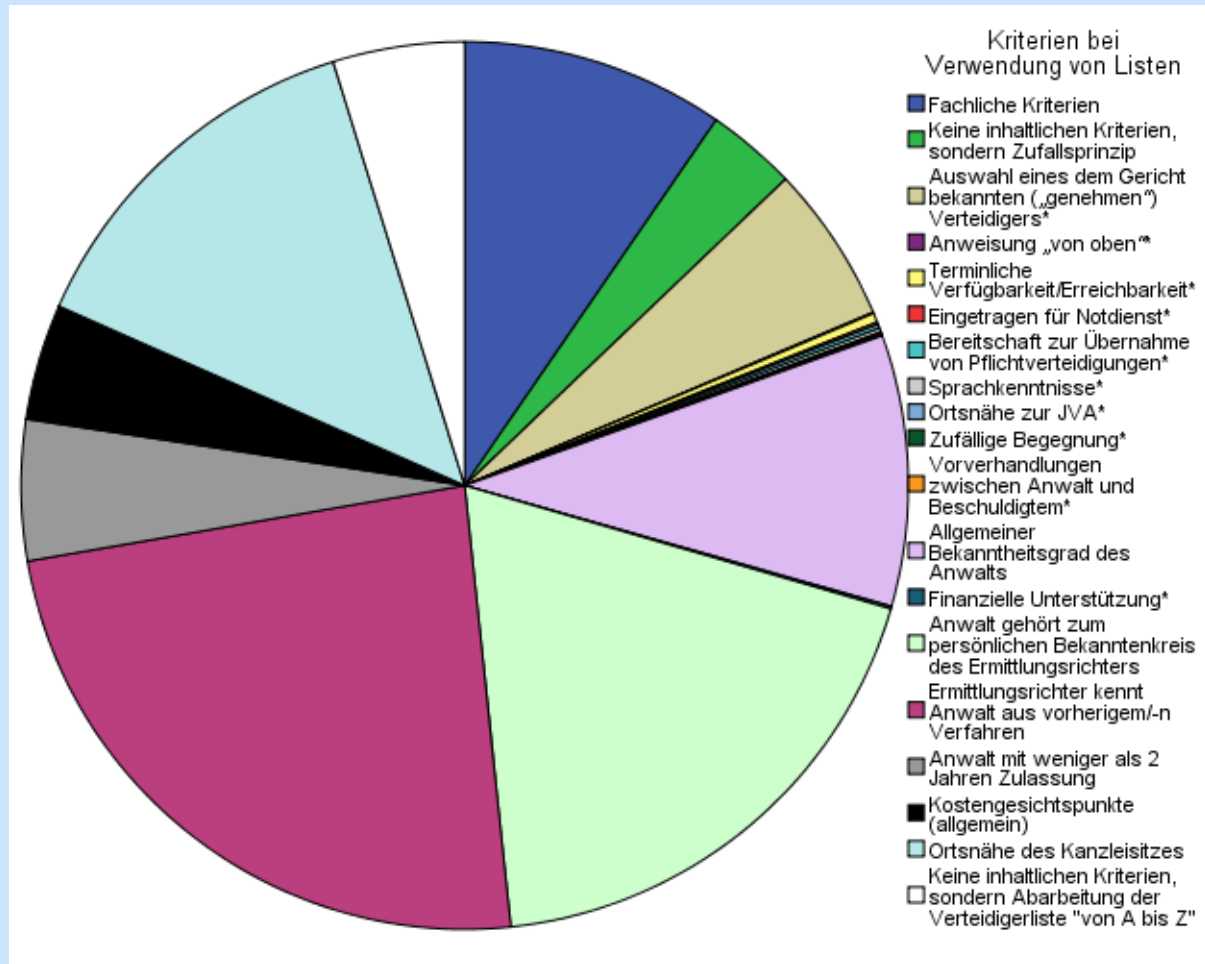
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Rechtsfolgen bei Nichtbenennung eines Verteidigers durch Beschuldigten

- **Kriterien**, nach denen die Auswahl eines vom Gericht selbst bestimmten Verteidigers erfolgt, werden für den Fall, dass Verteidigerlisten verwendet werden, **uneinheitlich** genannt. Dazu gehört u.a., dass der Anwalt **aus vorherigem/-n Verfahren bekannt** ist (**66,6%**), die Zugehörigkeit des Anwalts zum **persönlichen Bekanntenkreis des Ermittlungsrichters** (**52,6%; dabei allerdings Richter 8,3% und Verteidiger 54,0%**) und **fachliche Kriterien** (**26,8%; dabei allerdings Richter 95,8% und Verteidiger 24,5%**).
- **13,4%** der Antwortenden meint, die Beiordnung erfolge schlicht durch Abarbeitung der Verteidigerliste „**von A bis Z**“, **9,1%** glauben oder wissen, dass nach dem **Zufallsprinzip** beigeordnet wird.

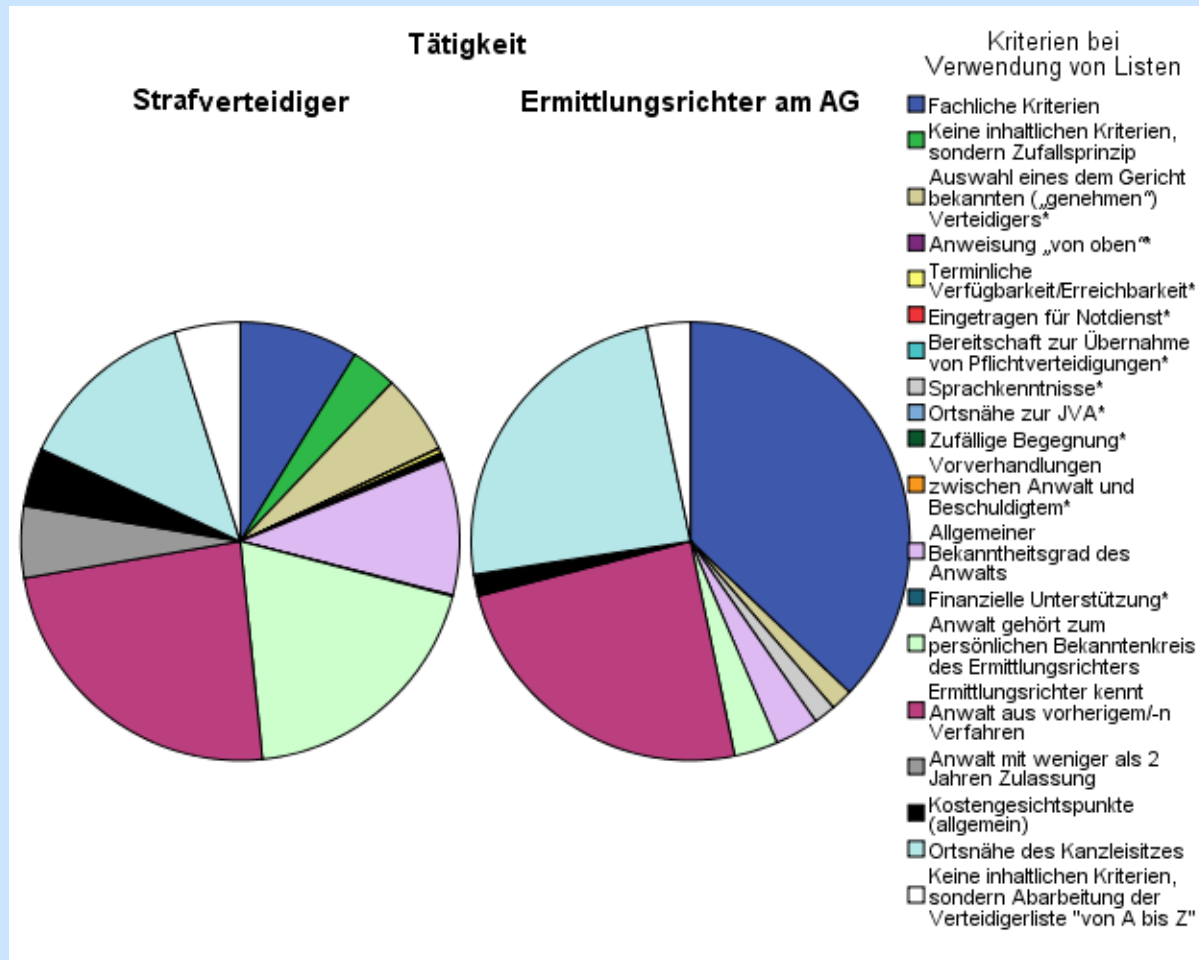
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerlisten: Kriterien für die Auswahl bestimmter Verteidiger (beide Berufsgruppen)



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Kriterien für die Auswahl – nach Berufsgruppen; Auseinanderfallen von Selbst- und Fremdwahrnehmung (oder: „Ein Verteidiger der bellt wird selten bestellt!“)



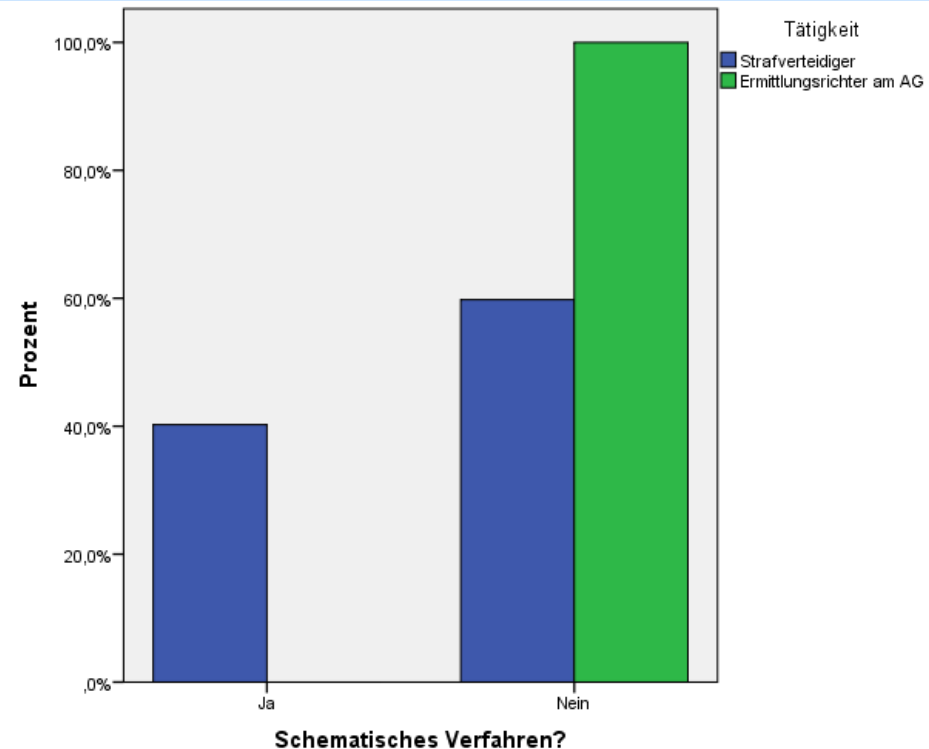
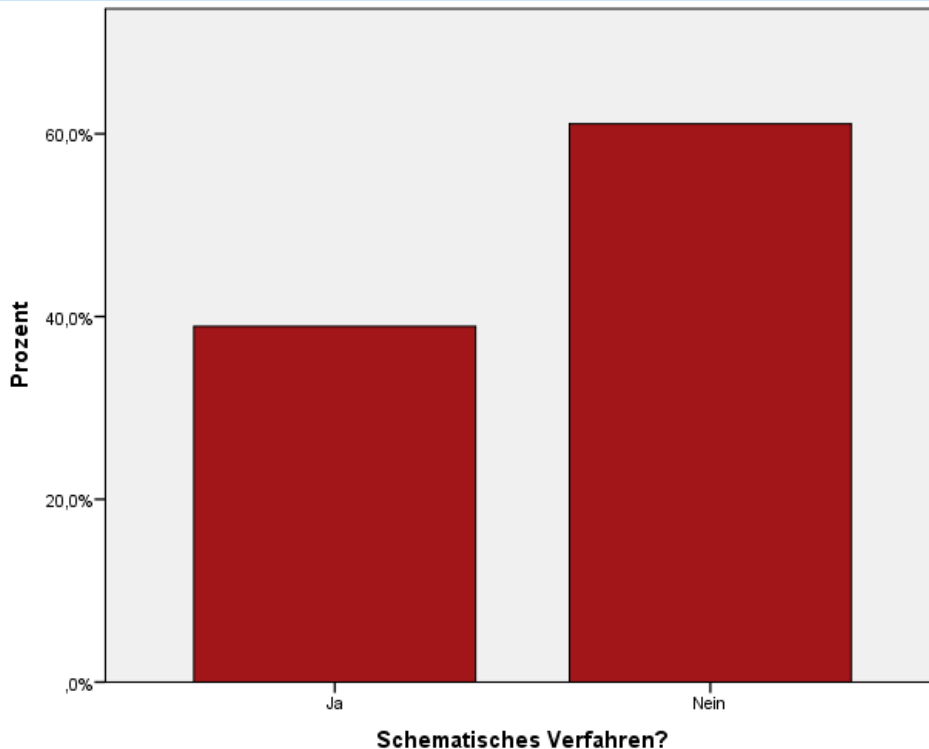
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Bestellungen nach schematischen Verfahren

- **40,2%** der Verteidiger meinen, dass – unabhängig von der gegenwärtigen Rechtslage – die **Bestellung durch das Gericht** bei fehlender Bezeichnung eines Verteidigers durch den Beschuldigten nach einem **rein schematischen Verfahren** (z.B. Abarbeitung „von A bis Z“ oder nach dem Zufallsprinzip) anstatt nach fachlichen Kriterien erfolgen solle. **59,8%** der Verteidiger sind **gegen ein solches Vorgehen**; die teilnehmenden **Ermittlungsrichter** sprechen sich **sämtlich gegen ein schematisches Verfahren** bei der Verteidigerbestellung aus.
- Ebenfalls **alle teilnehmenden Ermittlungsrichter** sprechen sich gegen die **Übertragung** der Auswahl eines Verteidigers bei ausgebliebener Bezeichnung durch den Beschuldigten **auf die örtlichen Rechtsanwaltskammern** de lege ferenda aus. Auch **60,5%** der **Verteidiger** stimmen diesem Vorschlag nicht zu.

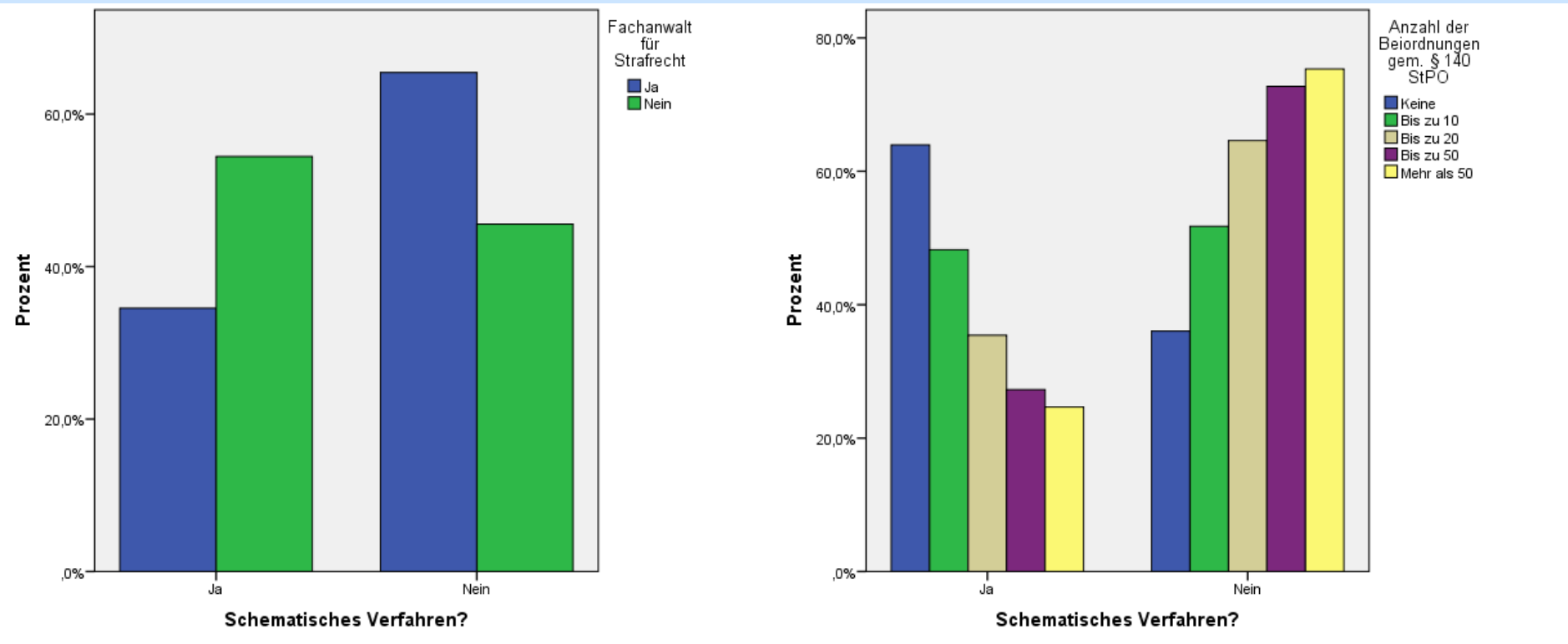
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Schematische Auswahl („A bis Z“/Zufall) ? – nach Berufsgruppen



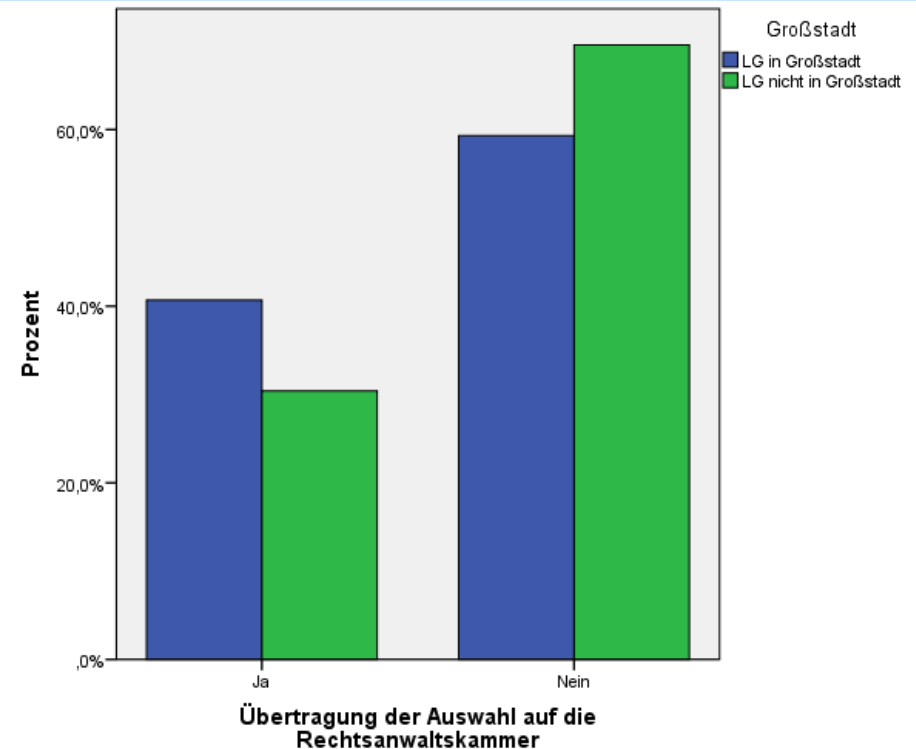
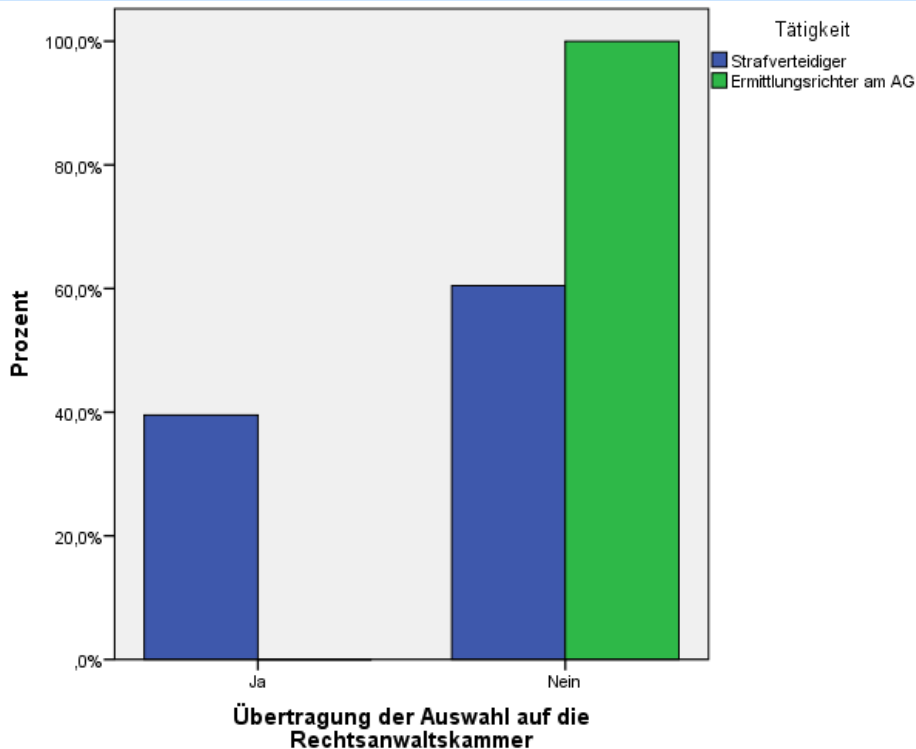
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Schematische Auswahl („A bis Z“/Zufall) ? – Binnendifferenzierung innerhalb der Verteidigerschaft nach Fachanwaltstitel und Beiordnungserfahrung gem. § 140 (alle Fälle)



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Übertragung der Auswahl auf die Rechtsanwaltskammern de lege ferenda? – nach Berufsgruppen einerseits und innerhalb der Verteidigerschaft nach Region andererseits



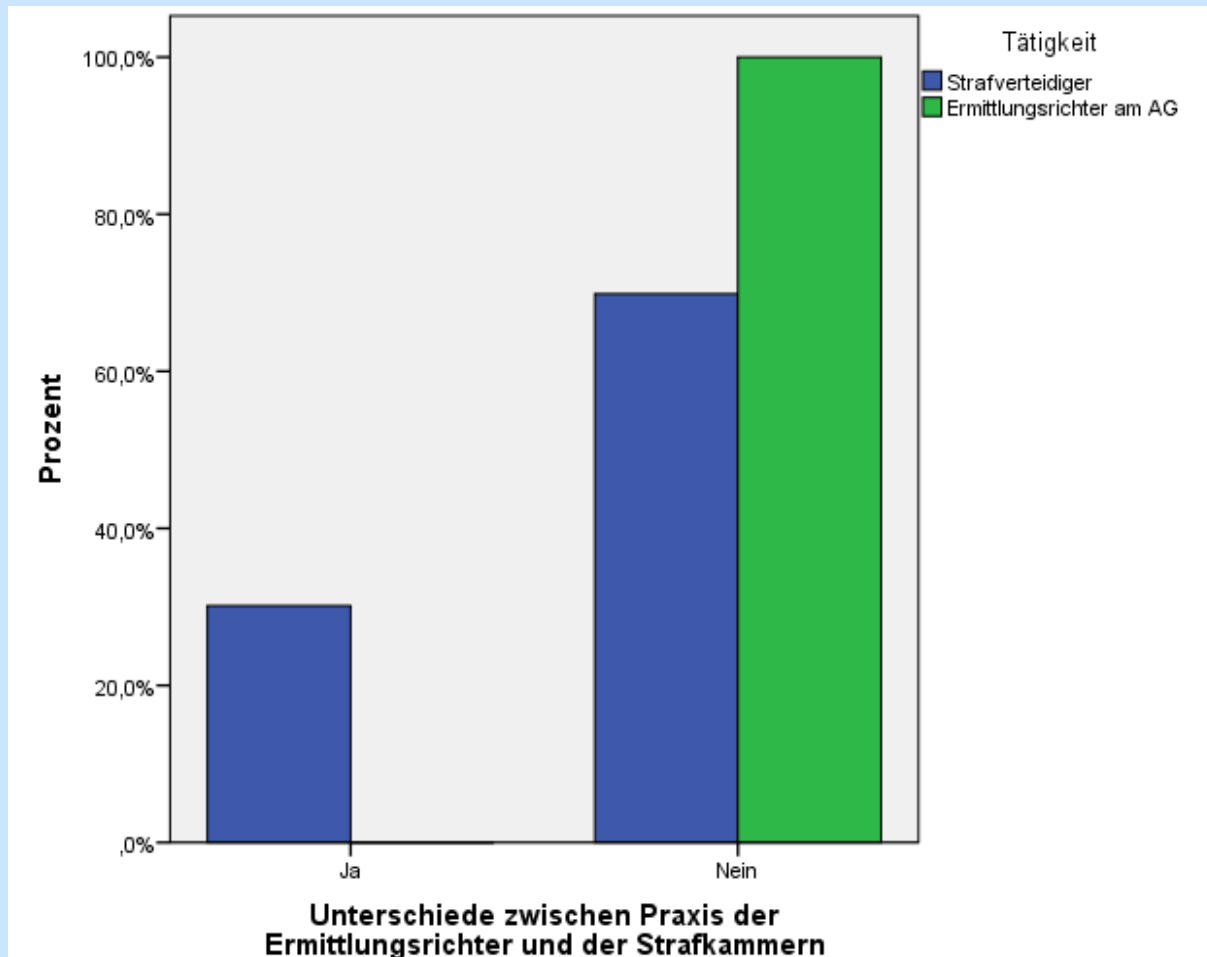
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Beiordnungspraxis: Unterschiede zwischen Ermittlungsrichter und Strafkammer?

Die **große Mehrheit** der Befragten (70,4% insgesamt, davon 100% der Ermittlungsrichter) vermag **keine Unterschiede** in der Beiordnungspraxis durch **Ermittlungsrichter** einerseits und **Strafkammern** (etwa bei Sicherungsverwahrungssachverhalten) andererseits festzustellen.

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Unterschiede in der Anordnungspraxis zwischen Ermittlungsrichtern und Strafkammern? – nach Berufsgruppen



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Praxis der Anwendung des § 143

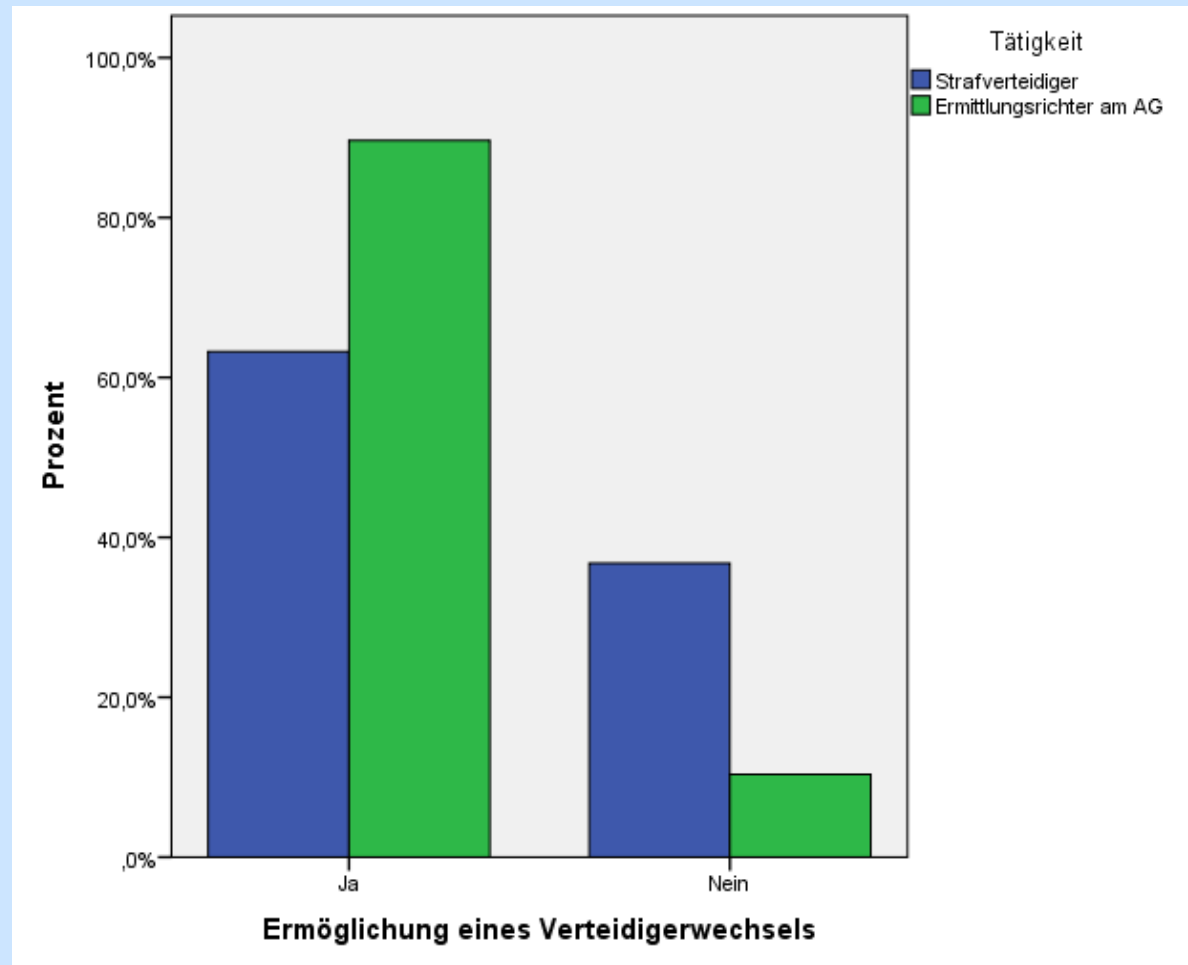
► *Nach § 143 ist die Bestellung des beigeordneten Verteidigers zurückzunehmen, wenn demnächst ein anderer Verteidiger gewählt wird und die Wahl annimmt. Die Norm wird allgemein so interpretiert, dass unter gewissen Voraussetzungen die Aufhebung der Pflichtverteidigerbestellung auch jenseits dieses gesetzlich geregelten Spezialfalles möglich ist.*

Erfahrungen zum Verteidigerwechsel in „Verlegenheitswahlfällen“

- Nach der Erfahrung von **64,2%** der Befragten ermöglicht das Gericht **nach** einer „**Verlegenheitswahl**“ in der Haftsituation des § 140 Abs. 1 Nr. 4 im **Regelfall** später einen **vereinfachten Verteidigerwechsel**; der gegenteiligen Ansicht sind aber immerhin 36,8% der Strafverteidiger (10,3% der Ermittlungsrichter).
- Es bestehen **große regionale Unterschiede** bei der Handhabung eines Wechsels bei „Verlegenheitswahl“: besonders **häufig** wird eine Bereitschaft der Gerichte hierzu z.B. aus **Hamburg (92,3%)** und Schleswig-Holstein (91,3%) angegeben, deutlich **seltener** in Bayern (50,0%) und **Rheinland-Pfalz (43,3%)**.

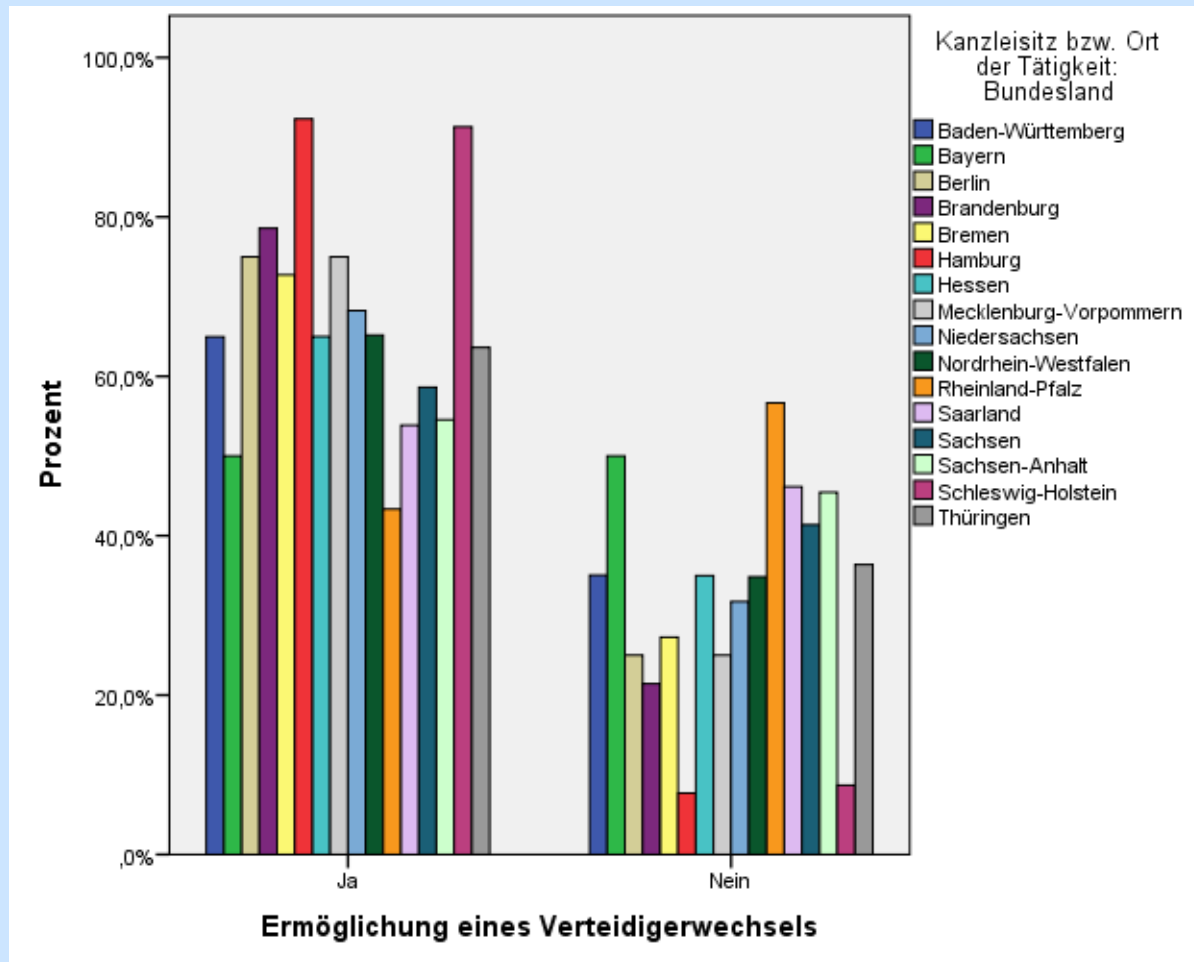
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Ermöglichung des Verteidigerwechsels nach „Verlegenheitswahl“ – nach Berufsgruppen



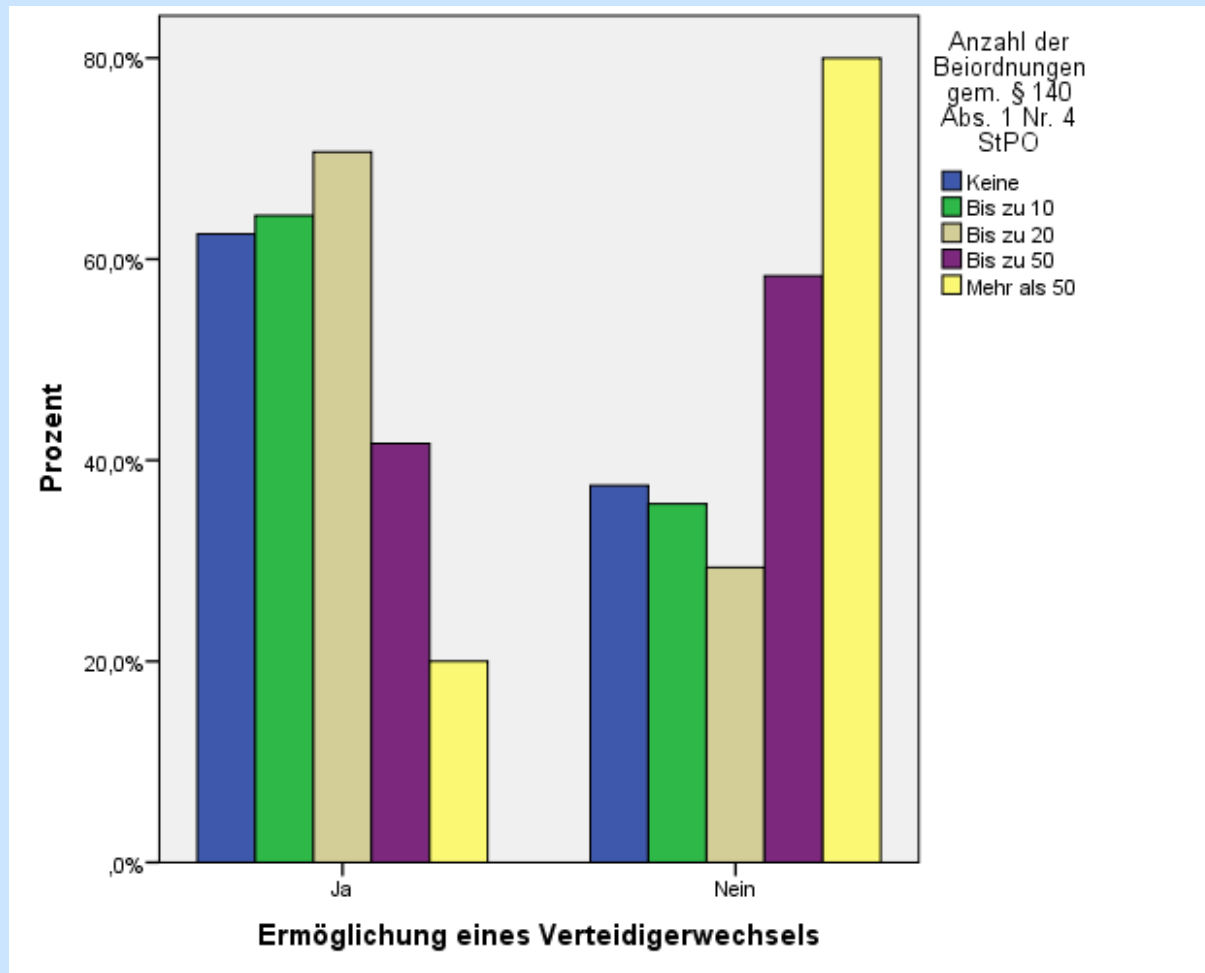
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Ermöglichung des Verteidigerwechsels nach „Verlegenheitswahl“ – nach Bundesländern



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Ermöglichung des Verteidigerwechsels nach „Verlegenheitswahl“ – nach Haftbeiordnungserfahrung



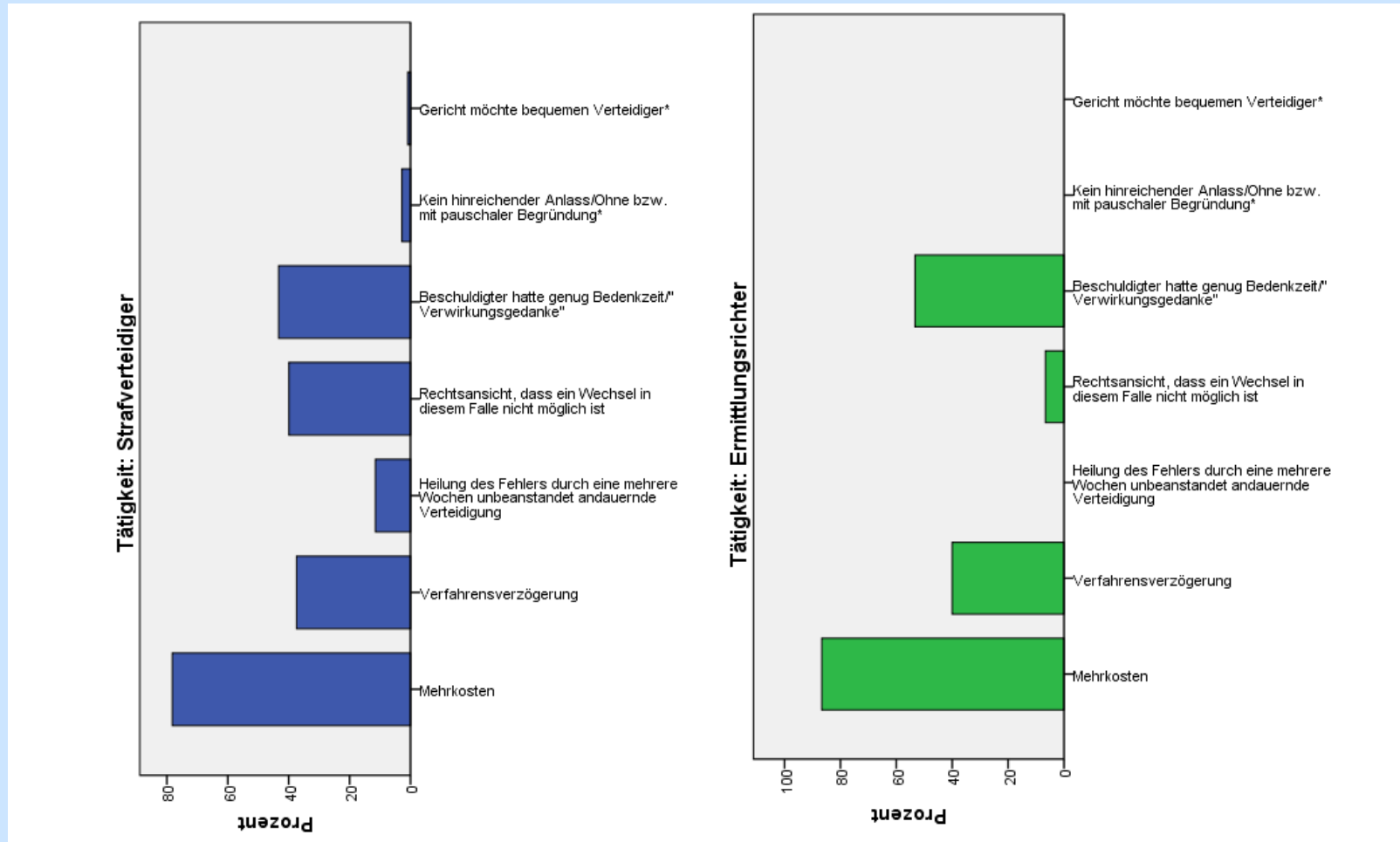
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Erfahrungen zum Verteidigerwechsel in „Verlegenheitswahlfällen“

- Die häufigsten **Gründe für die Versagung** eines Verteidigerwechsels seitens des Gerichts bei „Verlegenheitswahl“ sind **Mehrkosten** (nach Angabe von 78,2% der Strafverteidiger und 86,7% der Ermittlungsrichter), das Vermeiden einer **Verfahrensverzögerung** (37,4% Strafverteidiger; 40,0% Ermittlungsrichter) sowie der allgemeine **Verwirkungsgedanke**, nach dem der Beschuldigte genug Bedenkzeit gehabt habe (43,3% Strafverteidiger; 53,3% Ermittlungsrichter).
- **Finanzielle Interessen** werden sowohl von Strafverteidigern als auch von Ermittlungsrichtern am häufigsten als **Verweigerungsgrund des „alten“ Verteidigers** wahrgenommen (81,9% bei den Strafverteidigern; 81,8% bei den Ermittlungsrichtern).

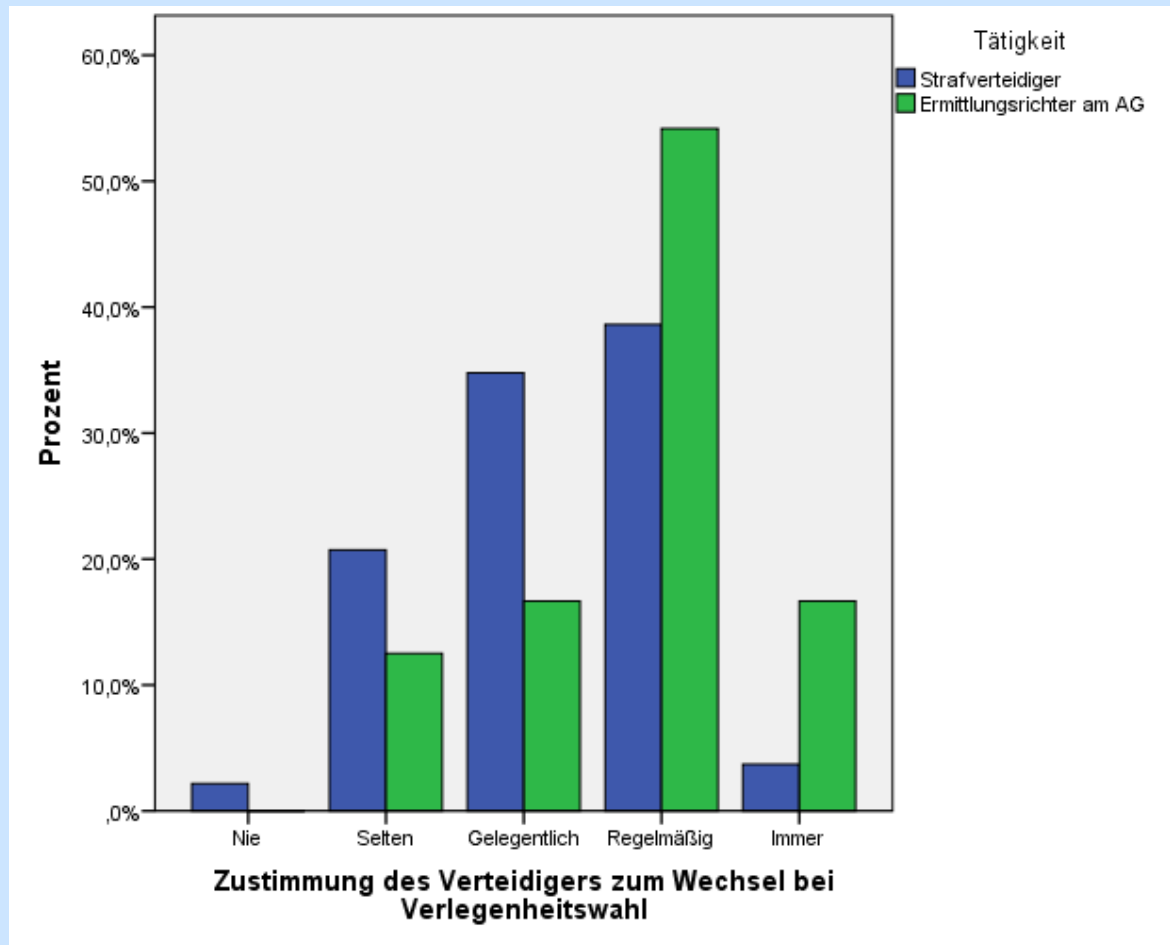
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Gründe für die Versagung des Verteidigerwechsels nach „Verlegenheitswahl“ – nach Berufsgruppen



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Zustimmungsbereitschaft des „alten“ Verteidigers zum Wechsel nach „Verlegenheitswahl“ – nach Berufsgruppen



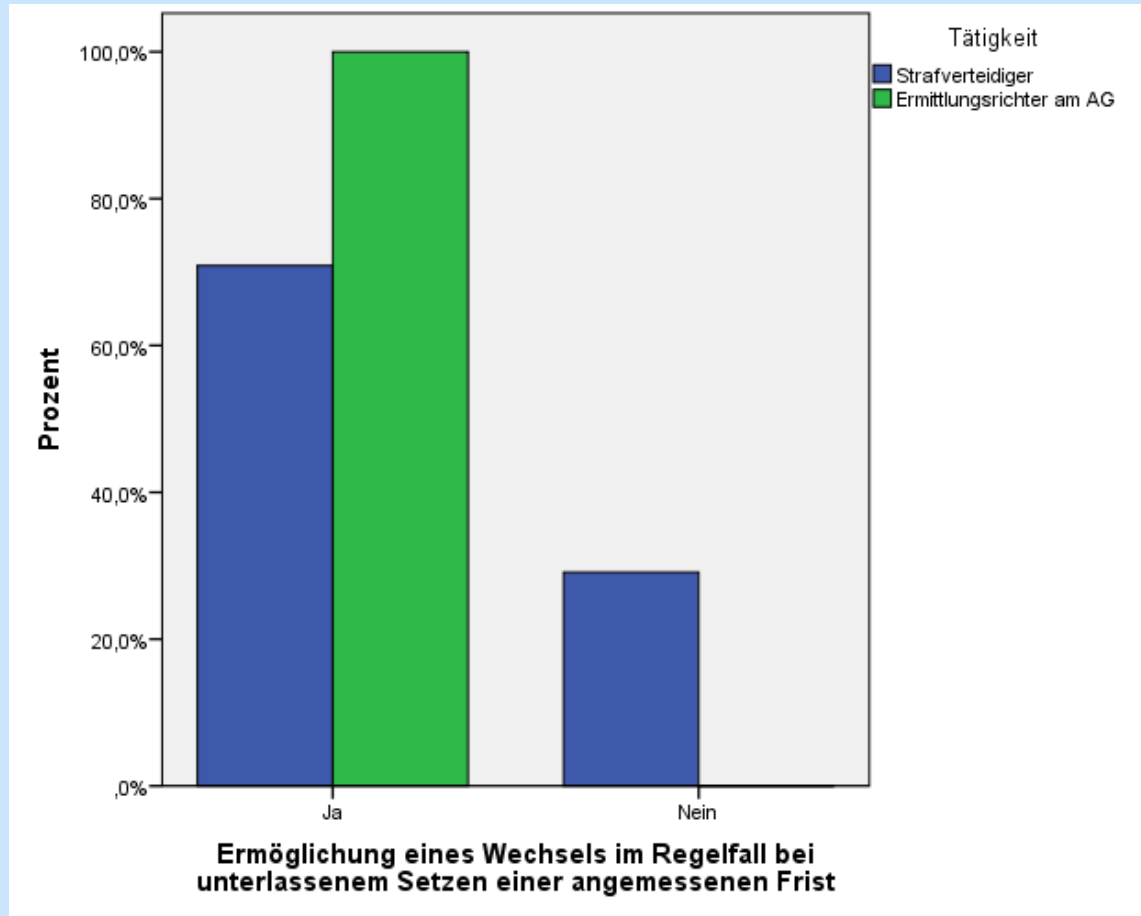
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Angemessene rechtliche Reaktion auf das Vorenthalten von Mitwirkungsmöglichkeiten

- **Sämtliche Ermittlungsrichter** geben an, das Gericht ermögliche im Regelfall einen **Verteidigerwechsel**, wenn dem Beschuldigten entgegen § 142 Abs. 1 Satz 1 **keine angemessene Frist** gesetzt worden sei; auch seitens der Strafverteidiger wird dies überwiegend (70,9%) beobachtet. **Irritierend** ist aber, dass auch in solchen Bundesländern, in denen von dem oder jedenfalls einem dortigen **Oberlandesgericht** die gegenteilige Rechtslage in leicht verfügbaren Fachpublikationen dargelegt worden ist, eine **entgegenstehende Praxis in relevantem Umfang** zu existieren scheint.
- Nur etwa die **Hälfte der Strafverteidiger** (50,1%) gibt an, das Gericht ermögliche im Regelfall **bei fehlender Einräumung der Möglichkeit angemessener Information** des Beschuldigten einen **vereinfachten Verteidigerwechsel**; nur ein Ermittlungsrichter ist der gegenteiligen Ansicht.

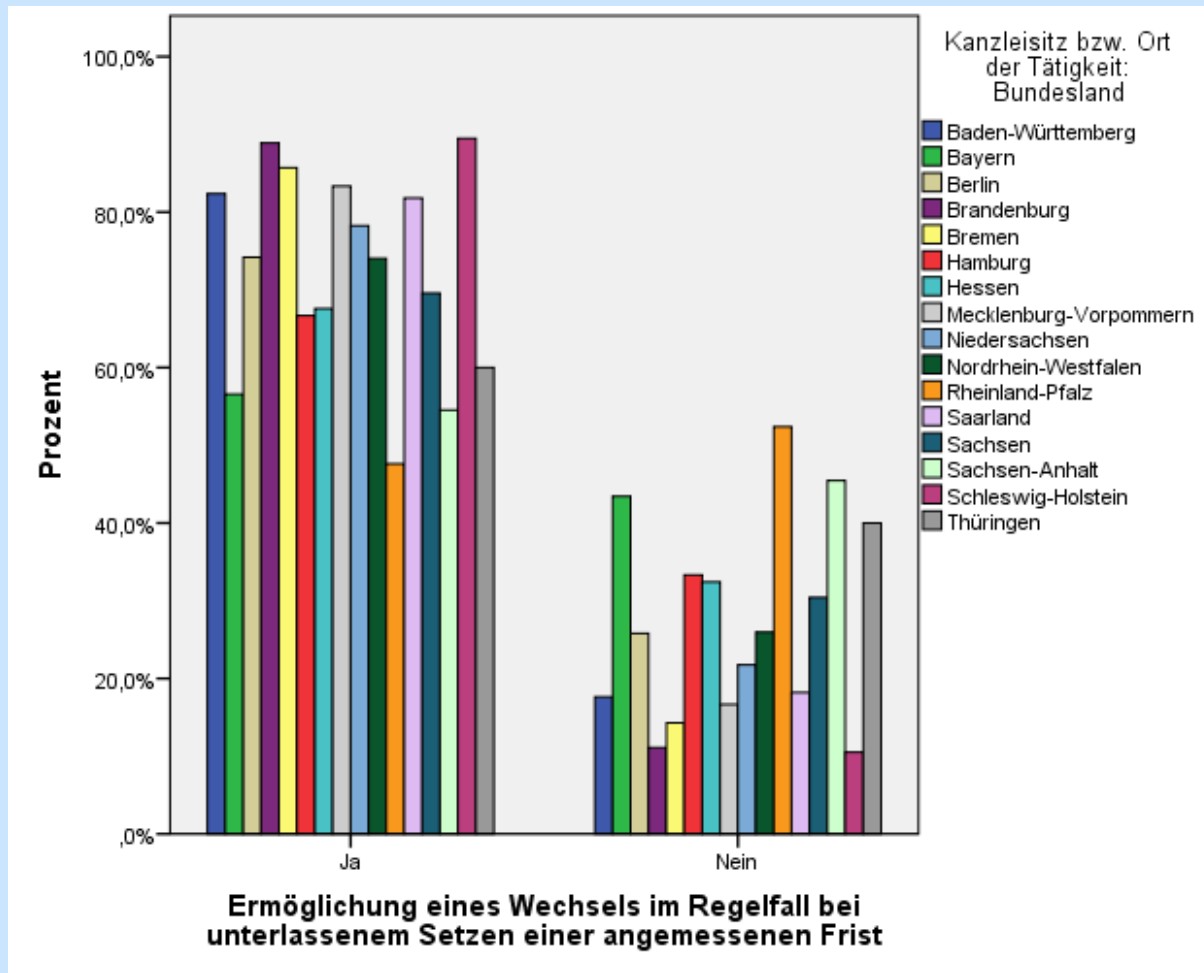
Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerwechsel bei unterlassenem Setzen einer angemessenen Frist – nach Berufsgruppen



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerwechsel bei unterlassenem Setzen einer angemessenen Frist – nach Bundesländern



Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Verteidigerwechsel bei unterlassenem Setzen einer angemessenen Frist – ausgewählte Bundesländer und dortige obergerichtliche Rechtsprechung

- **Thüringen** (40% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Jena StraFo* 2012, 138, 139),
- **Sachsen** (30,4% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Dresden NStZ-RR* 2012, 213),
- **Berlin** (25,8% negative Rückmeldungen entgegen *KG StV* 2012, 656, 657),
- **Nordrhein-Westfalen** (25,9% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Düsseldorf StV* 2010, 350),
- **Niedersachsen** (21,7% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Braunschweig StraFo* 2013, 115, 116 und *OLG Celle StV* 2012, 720) und schließlich selbst in
- **Baden-Württemberg** (noch 17,6% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Karlsruhe StV* 2010, 179).

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

D. Rechtspolitische Forderungen

Die Praxis der Verteidigerbestellung durch den Richter – von der Rechtswirklichkeit der Beiordnung nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO

Prof. Dr. Matthias Jahn, Richter am Oberlandesgericht

Goethe-Universität Frankfurt am Main

Institut für Kriminalwissenschaften und Rechtsphilosophie

Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Rechtstheorie
und Forschungsstelle Recht und Praxis der Strafverteidigung (RuPS)

Anschrift und Kontakt:

Campus Westend (RuW 4.122)

Grüneburgplatz 1

D-60323 Frankfurt a.M.

Tel.: 069/798-34336 (Sekretariat: Frau Katja Arnold)

Fax: 069/798-34521

E-Mail: sekretariat-jahn@jura.uni-frankfurt.de

Web: <http://www.jura.uni-frankfurt.de/jahn>

